Erscheint wöchentlich einmal in Zürich (Schweiz)

Verlag A. Herter, Hottingen-Zürich Kasinostraße 3.

Postsendungen franco gegen franco. Gewöhnliche Briefe nach der Schweiz kosten Doppelporto.

# Der Sozialdemokrat

## Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie

Abonnements werden nur beim Verlag und dessen bekannten Agenten entgegengenommen und zwar zum voraus zahlbaren Vierteljahrspreis von: Fr. 2.— für die Schweiz (Kreuzband) Mk. 3.— für Deutschland (Couvert) fl. 1. 70 für Oesterreich (Couvert) Fr. 2. 50 für alle übrigen Länder der Weltpostvereins (Kreuzband).

Inserate Die dreigespaltene Petitzeile 25 Cts. — 20 Pfg.

№ 40. Donnerstag, 29. September. 1881.

**Zuis an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat".**

Da der „Sozialdemokrat" sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezw. verfolgt wird, und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzufangen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr nothwendig und darf keine Vorsichtsmaßregel versäumt werden, die Briefwarder über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schützen. Haupterforderniß ist hiezu einerseits, daß unsere Freunde so selten als möglich an den „Sozialdemokrat", resp. dessen Verlag selbst adressiren, sondern sich möglichst an irgend eine unverdächtige Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; anderseits aber, daß auch uns möglichst unverfängliche Zustellungsadressen mitgetheilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich behufs größerer Sicherheit Rekommandirung. Soviel an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat" unsern Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

## Abonnements-Einladung.

Mit Nummer 40 beginnt ein neues Quartalsabonnement auf den „Sozialdemokrat". Wir ersuchen unsere Leser, ihr Abonnement rechtzeitig zu erneuern, sowie für Gewinnung neuer Abonnenten unablässig thätig zu sein. **Weder das Abonnement auf den „Sozialdemokrat" noch das Empfehlen desselben ist in Deutschland strafbar, sondern lediglich die direkte Verbreitung.**

**Der „Sozialdemokrat" wurde vom letzten Parteikongreß einstimmig zum einzigen offiziellen Organ der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands erklärt.**

Der vorauszahlbare Abonnementspreis des „Sozialdem." beträgt vierteljährlich für Deutschland und Oesterreich 3 Mark (1 fl. 70 kr.), wofür das Blatt wöchentlich als verschlossener Brief versandt wird; für die Schweiz 2 Fr., für alle übrigen Länder des Weltpostvereins 2 Fr. 50 Cts. (unter Band). Dieser Preis kann indessen, namentlich in Deutschland, bedeutend ermäßigt werden, wenn sich die Genossen eines Ortes zum Bezug im Großen vereinigen. Wenn unverdächtige Empfangsadressen gewählt werden und damit stets gewechselt wird, wenn ferner die geheime Vertheilung an die abonnirten Genossen vorsichtig geschieht: dann ist die Gefahr der Entdeckung beim Gesammtbezug weit geringer wie bei den Briefsendungen.

Bis zu 16 Exemplaren können in Doppelbrief übermittelt werden; bei größeren Bestellungen ist die Zusendung in Packet vorzuziehen. Bei Bezug von zehn Exemplaren an ist der Preis per Quartal auf M. 1. 80. franko ins Haus festgesetzt, und ist der Betrag monatlich mit 60 Pf. im Voraus einzusenden. Sämmtliche Sendungen werden gut verpackt, nicht in der Schweiz, sondern in **Deutschland** aufgegeben.

Briefmarken aller Länder werden für voll angenommen; größere Beiträge in Papiergeld mittelst eingeschriebenem Brief oder Post-Einzahlung.

Da nicht unbedeutende Kosten durch ungenügendes Frankiren entstehen, so machen wir darauf aufmerksam, daß einfache Briefe (bis 15 Gramm) nach der Schweiz 20 Pfg., resp. 10 Kreuzer ö. W. kosten, bei schwereren Briefen je 15 Gramm weitere 20 Pfg., resp. 10 Kreuzer.

Man wende sich bei Einzelbestellungen an den Verlag von A. Herter, Kasinostraße 3, Hottingen-Zürich, bei gemeinsamem Abonnement und um Aufschlüsse an die bekannten Agenten in Deutschland, oder an die Unterzeichneten durch Vermittlung in der Schweiz oder sonst im Ausland lebender Freunde.

**Monatliche Vorausbezahlung des Abonnementspreises an unsere Vertrauensmänner und Filialeverwalter ist unerläßlich!**

Parteigenossen! Sammelt Euch um Eure Fahne und benützt die Euch gegebene Waffe mit Eifer und Geschick; seid rührig und thut Eure Pflicht!

**Redaktion und Expedition des „Sozialdemokrat".**

## Warum wir wählen!

Wir wählen nicht, weil wir etwa wähnen, mittelst des Stimmzettels unserer Sache den endgiltigen Sieg verschaffen zu können. Wir wissen, wie Wahlen gefälscht, wie große Massen des Volkes durch den sozialen Druck zum Stimmvieh gepreßt werden, wir wissen, daß das Volk durch den Stimmzettel allein nie zu seinem Recht gelangen wird.

Wir wählen vielmehr, weil wir einen Protest abgeben wollen gegen die politische Schandwirthschaft, gegen die soziale Massenausbeutung in Deutschland. Wir wählen, weil wir unsern Feinden zeigen wollen, daß wir noch ungebeugt dastehen, trotz aller Verfolgungen, daß wir ihre Drohungen nicht fürchten, daß wir auf ihre Gewaltthaten gefaßt sind.

Wir wählen, weil wir wissen, daß durch Fernbleiben von der Urne wir uns den politisch Gleichgiltigen, den engherzigsten Philistern zur Seite stellen würden, daß nicht die Unthätigkeit dem Volke frommt, sondern rege Thätigkeit. Nur rastlos bethätigt sich der Mann, und leben heißt kämpfen!

Wir wählen, das heißt, wir geben keine weißen Stimmzettel ab, die den Gegnern nichts schaden, dem Volke nichts nützen, sondern wir wählen Männer, Kämpfer, die als Sieger unsern Gegnern das Handwerk erschweren. Wir wählen nicht nur, um zu protestiren, sondern wir wählen, um unsere Feinde, die Feinde der Volkssache zu schädigen. Der weiße Stimmzettel heißt passiver Widerstand, der Stimmzettel mit dem Namen eines unserer Vorkämpfer heißt Kampf; wir wählen also, um zu kämpfen!

Wir wählen, um uns zu zählen, um unsere Zahl dem Volke zu zeigen. Vielen aus dem Volke fehlt heute nicht das Verständniß für ihre Lage, ihnen fehlt aber das Vertrauen in ihre Kraft, in die Kraft ihrer Gleichgesinnten. Darum wählen wir, darum rufen die Sozialisten in Altona, in Berlin, in Dresden, in Hamburg, in Leipzig, in München, in Nürnberg, in Stuttgart ihren Genossen in ganz Deutschland zu: Seht, hier sind noch Tausende auf dem Posten, Tausende harren noch aus, kämpfen ungebrochen weiter, Ihr steht noch nicht allein, — und als Antwort tönt es aus den entlegensten Ortschaften zurück: Haltet fest aus, Ihr Brüder in den Hauptstädten, auch wir weichen nicht zurück! Der Wahltag ist der Tag, an dem die Sozialdemokratie Revue abhält über ihre Kämpfer, Niemand, der auf diesen Ehrentitel Anspruch erhebt, darf da fehlen.

Der Ausfall der nächsten Wahlen ist von größter Bedeutung für die Sache der Arbeiter in Deutschland. Eine Niederlage der Sozialdemokratie hieße nicht nur eine Ermuthigung der Volksgegner, ihr verrätherisches Beginnen fortzusetzen, sondern sie hieße — und das ist viel bedeutungsvoller — eine Entmuthigung des Volkes, ein Ergeben des Volkes in Alles, was von Oben kommt.

Die sozialdemokratische Stimmenzahl vermindern, heißt den Pessimismus im Volke vermehren, heißt der Revolutionirung der Volksmassen hindernd in den Weg treten. Wer der Wahlurne aus vermeintlichem Revolutionarismus fern bleibt und Andere zum Fernbleiben veranlassen will, ist der schlimmste Feind des Proletariats. Wer der Wahlurne fern bleibt und nicht unmittelbar zu Pulver und Dynamit greift, ist ein elender Phrasenheld, ein Feigling, der seiner Feigheit ein radikales Mäntelchen umhängen will.

Leben heißt kämpfen, die deutsche Sozialdemokratie lebt und beweist ihr Leben dadurch, daß sie kämpft und sie führt den Kampf auf der ganzen Linie. Heute heißt es den Wahlkampf führen, einen Kampf, der ebensowohl Umsicht, Muth und Selbstverleugnung erfordert als jeder andere Kampf. Wer ihm fern bleibt, auf den ist auch im Kampfe Mann gegen Mann nicht zu rechnen. Darum betrachten auch die Genossen allerorts die Unthätigen als Verräther, denn der Kampf, wie wir ihn heute führen müssen, gibt Jedem, in welcher Position er auch immer sei, Gelegenheit, unserer Sache Dienste leisten zu können. Wer dies unterläßt, gehört nicht mehr zu uns.

Noch einmal, wir wählen, um zu protestiren, um unser Dasein den Gegnern und dem Volke zu manifestiren, wir wählen, um unsere Gegner zu schädigen, um unsern Freunden und der Masse aufs Neue Muth und Selbstvertrauen einzuflößen, wir wählen, um die Massen zu revolutioniren. Unser Wahlsieg heißt Sieg der Revolution.

Das haben unsere Parteigenossen in den Kampf geworfen, Ehre den Braven, die so muthig in den Kampf ziehen. Ihr aber, Genossen im Auslande, die Zeit ist kurz, thut auch ihr eure Pflicht: Schafft Munition!

Leo.

## Die Unzufriedenheit.

„Unzufriedenheit ist die Quelle vieler Uebel, sie führt zur Verzweiflung und bahnt den Weg zum Verbrechen" — so lasen wir vor Kurzem in einem uns gelegentlich in die Hände gefallenen frommen Erguß, dessen Autor, beiläufig bemerkt, als Mittel zur Lösung der sozialen Frage die Errichtung von Mäßigkeitsvereinen und die Unterstützung kinderreicher, armer Familienväter, außerdem aber, für den immerhin zu besorgenden Fall, daß Beides nicht helfen sollte, — — eifriges Bibellesen vorschlägt. Auf die Erörterung dieser geistreichen Vorschläge treten wir selbstverständlich nicht ein, denn die stehen ja wollenhoch erhaben über aller Kritik; nur den an die Spitze gestellten Satz wollen wir ein wenig beleuchten.

„Die Unzufriedenheit führt zur Verzweiflung und zum Verbrechen." Wirklich? Allerdings, wenn wir lediglich nach dem Augenschein — ohne genaue Untersuchung — urtheilen wollen, so finden wir jeden Tag sozusagen auf der Straße die Bestätigung jenes Satzes. Oder liest man nicht in den Blättern nur allzuoft von irgend einem begangenen Verbrechen, von Raub und Mord, von Brandstiftung, Diebstahl, Betrug — um von anderen Freveln zu schweigen — und stößt man nicht, wenn man zurückgeht auf die treibende Ursache solcher Unthaten, fast immer auf eine bis zur Verzweiflung getriebene Unzufriedenheit des Thäters mit seiner Lage?

Die Gerichtsverhandlungen enthüllen ja stets, was ohnehin schon selbstverständlich ist, daß — von Ausschreitungen des Uebermuths und Fällen der Idiosynkrasie abgesehen — es gewöhnlich nicht Zufriedene sind, welche Verbrechen begehen.

In welchem Geisteszustand, in welcher Gemüthsverfassung befindet sich denn gewöhnlich Der, welcher sich zu einem Verbrechen, zu einer das Leben, die Gesundheit oder das Gut eines Mitmenschen verletzenden Handlung sich anschickt? In neun unter zehn Fällen ist der Unglückliche vor seiner Unthat aus der Gesellschaft der Genießenden, ja wohl auch aus der Gesellschaft der Arbeitenden ausgeschlossen gewesen; die Möglichkeit des Fortkommens, ja der bloßen Existenz war ihm geraubt, die blasse Noth starrte ihm aus allen Ecken und Winkeln seiner dürftigen Wohnung wenn er eine solche besaß — entgegen; er irrte umher, immer suchend und nimmer findend, wovon er sich nähre, bezw. womit er sich Nahrung verdiene; dumpf brütet er nun über sein Elend, aus welchem er nirgend, nirgend einen rettenden Ausweg findet, — das dumpfe, fruchtlose Hinbrüten raubt ihm zuletzt die Verstandeskraft, mindestens die Besinnung, und — „Kopf verloren, Alles verloren" — er stürzt zu einer unseligen That, er rennt blindlings in sein Verderben.

Da sieht man also klar — sagt der Weise, dessen Ausspruch oben zitirt ward —: seine verwünschte Unzufriedenheit mit der Lage, in welcher er sich befand, machte ihn zum Verbrecher und brachte ihn in eine noch schlimmere Lage. Er hätte eben nicht unzufrieden sein sollen, der Thor, sondern zufrieden!

Ein kurioses Raisonnement, das! Als hinge des Menschen Zufriedenheit oder Unzufriedenheit von seinem Willen, von seinem Belieben ab, als wäre sie nicht größtentheils durch seine Lage selbst, d. h. dadurch, daß diese günstig oder ungünstig ist, daß sie seiner anerzogenen, gewohnten Lebenshaltung entspricht oder nicht entspricht, bedingt! Als wäre das Wort: „Sei zufrieden!" — zu einem vielleicht nicht nur der Lebensannehmlichkeiten, sondern wohl gar der unentbehrlichsten Lebensnothdurft Beraubten gesprochen — nicht der empörendste Hohn und ein Grund mehr für ihn zur Unzufriedenheit!

Aber andererseits muß man sich doch auch noch die Frage stellen: war es denn jemals die Unzufriedenheit allein, an und für sich, welche einen Unglücklichen zur Verweiflung und zum Verbrechen getrieben hat? Wahrlich nein! Die Gerichtsverhandlungen über solche Fälle fördern gewöhnlich aus den Tiefen eines Verbrechergemüthes nicht allein einen großen Fond von Unwissenheit und Rohheit zu Tage, sie zeigen auch meist, daß eine völlige Hoffnungslosigkeit sich seiner zur Zeit der Unthat bemächtigt hatte, daß er in einer Stimmung war, in welcher er keine Möglichkeit redlichen Fortkommens mehr vor sich sah, jeder Weg zum Glück ihm verrammelt schien.

Demnach also: nicht die Unzufriedenheit an sich, wohl aber die Unzufriedenheit, verbunden mit dem Glauben an die Unabänderlichkeit des gegebenen schlechten Zustandes, sagen wir kurz: des Bestehenden, — nur diese führt zur Verzweiflung, treibt zum Verbrechen!

Eine Quelle vieler Uebel soll die Unzufriedenheit sein? Aus der Kulturgeschichte erhellt das Gegentheil, aus ihr erhellt, daß gerade die Unzufriedenheit der Urquell, die Triebfeder, der Sporn alles Guten war und ist, daß sie den Menschen, diesen vom Affen stammenden Gott, in diesem „irdischen Jammerthal" erst zum Menschen gemacht hat, daß gerade sie der allmächtige Hebel ist, der unsere Gattung von einer Daseinsstufe zur andern gehoben hat. Daß wir heute in Wissenschaften und Künsten, in der Technik und im Verkehrswesen da stehen, wo wir stehen, verdanken wir großentheils der Unzufriedenheit Derer, die vor uns lebten, theilweise der jetzt noch Lebenden, mit Dem, was sie als gegebenen Zustand vorfanden, und daß auch wir wiederum mit Dem, was uns heute umgibt, nicht zufrieden, sondern unzufrieden sind, wird für unsere Nachkommen, theilweise gewiß noch für uns selbst, zu einer Quelle erhöhten Lebensglückes werden.

Doch auch diese segensreiche Wirkung übt wieder nicht die Unzufriedenheit an und für sich, ganz gewiß nicht diejenige, die grämlich, dumpf, rath- und thatlos über sich selber brütet, sondern sie war und ist immer nur das Werk der Unzufriedenheit, die verbunden ist mit mehr oder minderer Einsicht in die Natur einerseits der äußeren Dinge, andererseits des eigenen inneren Kraftfonds, die erleuchtet wird von dem Bewußtsein, daß und wie das unangenehme, das Widrige geändert werden könne und welcher — last not least — der energische Wille, der freudige Entschluß zur Seite steht.

Ringsum auf diesem Planeten, soweit er urbar gemacht und mit „Zivilisation" bedeckt ist, in allen Ländern unserer modernen Dreiviertelskultur, gibt es heute Grund genug und übergenug zur Unzufriedenheit mit dem Gegebenen, mit dem Bestehenden, mit der Lebenslage, in welcher seine Bewohner sich befinden. Millionen Menschen, aus dem samosen modernen Arbeitsprozeß als überzählig hinausgeschleudert, auf das Straßenpflaster geworfen, leiden Mangel am Unentbehrlichsten, vegetiren von einem Tage zum andern, wissen nicht, ob sie morgen etwas zu essen haben werden, wissen nicht, womit sie sich bedecken und wo sie wohnen werden; andere Millionen, etwas „glücklicher" situirt als jene, haben noch eine Arbeitsstelle, an der sie ihr „tägliches Brod" verdienen, aber viel mehr als dieses, ein recht trockenes, hartes, kraftloses Stückchen Brod, erwerben sie mit all' ihrer Mühe nicht, von Alledem, was das Leben erst menschenwürdig und werth macht, ist bei ihnen gar nicht die Rede, frühmorgens eilen sie in ihre Tretmühle, spät Abends schleichen sie todmüde nach Hause, so schleppen sie an der Last eines freudlosen Daseins, bis sie auf die Todtenbahre sinken. Und von diesen verlangt man, daß sie nicht unzufrieden sein sollen? Und man verwundert sich, wie über einen Blitzstrahl aus heiterem Himmel, wenn dann und wann, hier und dort ein Unglücklicher zu einer Verzweiflungsthat schreitet? Man sollte sich vielmehr darüber wundern, daß nicht mehr dergleichen geschieht.

Es ist der baarste Unsinn, und es zeugt von sehr wenig Urtheilsvermögen oder von vornirtem, theilweise böswilligem Vorurtheil, wenn Unzufriedenen zugerufen wird: „Seid doch zufrieden!" Ein Verständiger spricht zu Solchen ganz anders, er sagt: „Seht zu, denkt nach, woher die unbefriedigenden, schlechten Zustände, unter welchen ihr leidet, kommen; unterrichtet und überzeugt euch, ob sie etwa unabänderliche seien, und wenn ihr gefunden habt, daß sie gar wohl geändert werden können, und wie Dieses zu machen sei, so fragt euch schließlich auch, ob ihr, Jeder für sich allein, Kraft genug besitzt, die Veränderung vorzunehmen. Und wenn die Antwort auf diese Frage verneinend ausfällt — was, wenn ihr die Ursachen des euch bedrückenden Uebels richtig erkannt habt, ohne Zweifel geschehen wird — so gebt euch nicht vereinzelt dem Brüten hin, dem hoffnungslosen, dumpfen Brüten, das euch nicht hilft und nichts bessert, sondern gebt eure Unzufriedenheit euch wechselseitig kund, berathschlagt mit einander, vereinigt, organisirt euch, schließet euch Denen an, die, unzufrieden wie ihr mit Dem, was besteht, Zustände herbeiführen wollen, welche die Befriedigung Aller sichern."

Die Unzufriedenheit, die sich mit der Hoffnungslosigkeit und der Unkenntniß der Gesellschaftsbeziehungen und Wirthschaftsverhältnisse vereint und die — um unseren obigen Satz jetzt sachgemäß zu erweitern — individuell vereinzelt bleibt, kann freilich nur zur Verzweiflung und, beim Vorhandensein roher Thatkraft, zum Verbrechen führen, aber die Unzufriedenheit organisirter und belehrter Massen führt zur Beseitigung des dem Gemeinwohl Hinderlichen, zur Umwandlung des Bestehenden und zur Schaffung eines Gesellschaftszustandes, in welchem jede Ursache zu Verbrechen und Unrecht schwindet, weil sich in ihm Alle glücklich fühlen, und die Unzufriedenheit nur noch Quelle des Fortschritts nicht aber der Verzweiflung sein kann. Pp.

## Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 28. September 1881.

— Das Schweizerische Bundesgericht in Lausanne hat den Rekurs unserer Genossen Herter und Obrist mit sechs gegen drei Stimmen abgewiesen, weil das Verbot des Weltkongresses nur gegen Nichtschweizer gerichtet, diesen aber in der Züricher Verfassung das Versammlungsrecht nicht gewährleistet sei, das heißt alle Nichtschweizer dürfen sich nur von Kantonalpolizeignaden versammeln. Zum Glück gibt es noch Kantone in der Schweiz, in denen die Nordostbahn nix tau seggen hat, wenn also das Schweizerische Parteikomite dennoch den Weltkongreß nach der Schweiz einberuft, so wird es schon wissen, wo es den Delegirten ein sicheres Unterkommen bereitet.

Die „staatsrechtliche Bedeutung" des Bundesgerichtsentscheides findet in der demokratischen und Arbeiterpresse ihre gebührende Würdigung, auch die „Arbeiterstimme" wird es an einem kräftigen Sprüchlein nicht fehlen lassen. Wir können nur wiederholen, was wir gelegentlich des ersten Verbotes sagten: Der Gang der sozialistischen Bewegung wird durch derartige kleinliche Chikanen nicht aufgehalten, die Konsequenzen des Verbotes und seiner Bestätigung werden dagegen ihren Urhebern recht arge Kopfschmerzen bereiten. Vergleiche den Liberalismus und das Ausnahmegesetz in Deutschland.

— Aus dem Gefängniß Deutschland, den 23. September, wird uns geschrieben: Wir sind mitten im Wahlkampf — nicht mehr volle fünf Wochen trennen uns von dem Tage der Entscheidung, und trotzdem hört man, außer in Berlin, wo die „Antisemiten" Leben in die Bude gebracht haben, fast nichts von Volksversammlungen.

Der Grund ist im Sozialistengesetz zu suchen, das auch hier wieder seinen kulturfördernden Charakter bethätigt. Ueberall, wo ein entwickeltes politisches Leben und folglich das Bedürfniß nach Volksversammlungen vorhanden ist, hat auch die Sozialdemokratie bedeutenden Anhang. Den Sozialdemokraten ist aber das Versammlungsrecht durch das Sozialistengesetz abgeschnitten, und die übrigen Parteien fürchten, daß ihre Versammlungen von den Sozialdemokraten, die selbst keine Versammlungen abhalten dürfen, zu Demonstrationen benutzt würden, was ja in der That auch sicherlich der Fall wäre, und in Berlin wie anderswo wirklich vorgekommen ist. Namentlich in Sachsen wagen sich unsere Gegner nicht hervor, so daß man hier von einer Wahlbewegung fast nichts merkt.

Die Angst der Gegner vor uns ist fabelhaft, und der Angsteifer der Polizei führt mitunter zu den komischsten Mißgriffen und Verwechslungen. Politisch ganz harmlose Personen entdecken plötzlich, daß sie einen „Schatten", in Gestalt irgend eines konfiszirt aussehenden Individuums hinter sich haben, das ihnen auf Schritt und Tritt folgt — bis besagtem konfiszirt aussehendem Individuum durch irgend einen Zufall klar wird, daß der „Bewachte" kein sozialdemokratischer Hochverräther, Königsmörder, Attentäter ist, sondern ein beliebiger, Zucker und Kaffee verkaufender Müller oder Schulze.

Ein andermal kommt es vor, daß ein ganzer Trupp uniformirter und nicht uniformirter Polizisten zum Erstaunen eines Stadtviertels, in wilder Hast, als gälte es ein Halbdutzend Lustmörder auf einmal abzufassen, nach irgend einem abgelegenen Ort stürmt, wo die Herren Polizisten einander verblüfft ansehen und sich der höchst fatalen Wahrheit bewußt werden, daß sie von einem boshaften Sozialdemokraten, der wahrscheinlich von irgend einem Aussichts-Punkte in der Nähe die „Katastrophe" beobachtet, schnöde genasführt worden sind.

Ein andermal passirt es, daß die „Elite der sozialdemokratischen Führer" unter den Augen irgend eines gemüthlichen Landgensdarmen tagt, der telegraphische Ordre empfangen hat, auf die ihm signalisirten „Uebelthäter" Acht zu geben, in seines Herzens Unschuld aber an „gemeine Verbrechen" — Diebstahl, Räuberei, Gewaltthat irgend welcher Art denkt und ganz erstaunt ist, daß die Herren Verbrecher weder rauben, noch morden, noch schänden, sondern auf die unverfänglichste Weise von der Welt — dem Sozialistengesetz eine Nase drehen! Und wieder ein andermal ereignet es sich, daß etliche Dutzend Polizisten, als anständige Leute verkleidet, unter Anführung irgend eines hitzigen Strebers (der zuweilen Paul heißt) sich wie ein Heuschreckenschwarm in irgend ein Lokal stürzen, wo Sozialisten zusammensitzen, und daß sie in der Meinung, eine geplante Umsturzversammlung zu verhindern, in stolzem Selbstgefühl ein paar Stunden lang dort auf Staatskosten kneipen und die Zeit todtschlagen, während ganz in der Nachbarschaft eine wirkliche Umsturzversammlung in aller Ruhe tagt oder nächtet.

Da ich gerade bei der heiteren Seite des deutschen Polizeiunfugs bin, sei hier noch ein lustiges Stückchen erzählt.

In Wurzen, einige Meilen von Leipzig, hat bekanntlich Hasenclever sein neues Domizil aufgeschlagen. Dem Stadtrath und Bürgermeister von Wurzen liegt dies schwer im Magen, und die braven Leutchen beschlossen, sich durch eine kleine Staatsrettung etwelche rothe Röcke, womöglich mit Knapflochgarnitur zu verdienen. Sie steckten die weisen Köpfe zusammen, und tüftelten einen Ukas aus, durch welchen, auf Grund des Sozialistengesetzes, für den Bezirk der Stadt Wurzen, in Bausch und Bogen auf alle Zukunft „alle Versammlungen" verboten wurden, „von denen durch Thatsachen die Annahme gerechtfertigt ist, daß sie zur Förderung der vom Sozialistengesetz getroffenen Bestrebungen bestimmt sind". Der Ukas erschien wirklich (unterzeichnet: „Der Stadtrath daselbst. Sulzberger"), was aber nicht erschien, das waren die rothen Röcke nebst obligater Knopflochverzierung. Dagegen trat etwas ganz Unerwartetes ein, eine kolossale Nase, die noch obendrein, damit die Herren sie nicht bescheiden unter den Scheffel stellen könnten, im amtlichen Organ der sächsischen Regierung: der „Leipziger Zeitung" mit rücksichtsloser Grausamkeit aller Welt zur Schau gestellt wurde. Das amtliche Organ belehrt den ehrsamen „Stadtrath daselbst" und „Sulzberger" (Bürgermeister), daß solche Generalverbote ungiltig sind, und daß nur bestimmte Versammlungen verboten werden könnten, und auch das nur für den Fall, daß für das Verbot genugsam begründende Thatsachen vorhanden seien. Freilich, solche „Thatsachen" sind immer vorhanden, wenn die Polizei sie finden will — und am Willen fehlt es ihr ja nicht — der „Stadtrath daselbst" und der „Sulzberger" haben jedoch ihre Nasen ab, und werden sie auch nicht wieder los. Natürlich hat das „Communiqué" der „Leipziger Zeitung" blos eine rein theoretische Bedeutung. Die sächsische Regierung will der Welt zeigen, daß die Sozialdemokraten mit ihrer Anklage im Landtag, die Sozialdemokratie sei absolut rechtlos, ein schweres Unrecht an der braven sächsischen Regierung begangen haben. Wenn in der Praxis jede von Sozialdemokraten berufene Versammlung verboten wird, so ist das nicht die Schuld der sächsischen Regierung, welche sich, vom Geist des Selfgouvernements durchdrungen, „prinzipiell" in die Aktion der Unterbehörden nicht einmischt, und ihnen nur dann und wann, in Fällen besonderer Ungeschicklichkeit, wie dem Wurzener, einen väterlichen Rüffel zu Theil werden läßt!

Wie die Genossen im Ausland sehen, sorgt unsere Polizei dafür, daß wir das Lachen nicht verlernen. Uebrigens glaube man nicht, daß wir diese Polizeiwirthschaft leicht nehmen. Das Lachen schließt keineswegs den Zorn und die Erbitterung aus. Die schuftige, mit offenbarer Methode befolgte Taktik, die Existenzen zu ruiniren, erzeugt in jeder Brust einen unbeschreiblichen Ingrimm. Von den Ausweisungen gar nicht zu reden, ist es ein gewöhnlicher Polizeibrauch, sozialistische Geschäftsleute durch Haussuchungen und auffällige Beobachtung des Ladens, durch Befragen der Kunden u. s. w derart in Verruf zu bringen, und gewissermaßen unter Quarantäne zu stellen, daß die Kunden sich allmälig verlieren und das vorher blühendste Geschäft rettungslos zu Grunde geht.

Es werden im sächsischen Landtag mehrere solcher Fälle zur Sprache kommen. Verschiedene Parteigenossen sind schon, wie den Lesern bekannt ist, durch die Polizeiverfolgungen in den Tod getrieben worden, jüngst wieder ein Ausgewiesener aus Berlin, Wilhelm Kittel, der den Ruin seiner Existenz nicht überleben konnte. Fluch seinen Mördern!

Stahl aus Berlin — das sei noch zum Schluß bemerkt —, der wegen seines Auftretens in der Ruppel-Versammlung ausgewiesen worden ist, denkt nicht daran, nach Amerika auszuwandern, wie gegnerische Blätter behauptet haben.

— Allerhand vom Wahlkampfe. In Magdeburg haben unsere Genossen der Polizei zum Trotz ihrem Kandidaten, Louis Viereck, einen glänzenden Empfang bereitet. Korrespondenz darüber in nächster Nummer. In Halberstadt wurde die Kandidatur unseres Genossen August Heine in einer sehr gut besuchten Versammlung zum großen Verdruß der anwesenden Fortschrittler mit erdrückender Majorität proklamirt. In Bockenheim trat unser Genosse Frohme mit großem Erfolg in einer liberalen Wählerversammlung seinem Gegenkandidaten entgegen. In Gera kommt bei der jüngst stattgehabten Ersatzwahl zum Landtage Genosse Brätter in die Stichwahl. Ein gutes Omen.

— Die Demonstration unserer Berliner Genossen, gelegentlich der Kandidatenrede Trägers im vierten Berliner Wahlkreise, war, wie aus unserer heutigen Berliner Korrespondenz ersichtlich, noch viel großartiger, als es nach unserer Darstellung in der vorigen Nummer des Szdem. schien. Mit Vergnügen nehmen wir an dieser Stelle davon Notiz und rufen unsern braven Berliner Freunden zu: Nur immer so vorwärts, es muß durchgebrochen werden!

— Wir werden von verschiedenen Seiten ersucht, die Genossen ausdrücklichst vor einem Manöver zu warnen, das unsere Gegner bereits früher wiederholt in Anwendung gebracht haben, und zwar nicht immer ohne Erfolg. Es betrifft dies das Nachdrucken unserer Stimmzettel unter Weglassung eines Buchstabens, wodurch diese Stimmzettel unsern Kandidaten verloren gehen. Z. B. Grilenberger statt Grillenberger, Hasenlever statt Hasenclever und dergleichen mehr. Also Genossen allerwärts, seid auf der Hut!

— „Schlechter als jetzt kann es ja nicht werden", unter dieser Devise wird neuerdings unter den Tabaksarbeitern Hamburg-Altona's für das Bismarck'sche Tabaksmonopol agitirt. „Schlechter als die Fabrikanten uns heute bezahlen, kann der Staat uns auch nicht auslohnen", sollen einige Arbeiter jüngst in einer Tabakinteressenten-Versammlung in Altona erklärt haben. Diese guten Leute befinden sich in einem ganz gewaltigen Irrthum, was die nachstehenden Zahlen beweisen werden.

Gegenwärtig gibt es in Deutschland mindestens 107,000 Tabakarbeiter. Selbst wenn nun beim Monopol der Konsum auf gleicher Höhe als heute bleiben sollte — was mehr wie unwahrscheinlich ist — so würden durch die mit dem Monopol verbundene Zentralisation nur zirka 52,000 Arbeiter nothwendig werden — d. h. wenn man die österreichischen Einrichtungen zu Grunde legt. Legt man aber die vervollkommneteren französischen Einrichtungen zu Grunde, so würden zur gleichen Fabrikation als heute in Deutschland nur 40,000 Arbeiter erforderlich sein, das heißt 67,000, in Worten siebenundsechszigtausend Arbeiter „überflüssig" werden.

Noch mehr. In allen mit dem Monopol gesegneten Ländern stellt der Staat, bezw. die Regie mit Vorliebe weibliche Arbeitskräfte ein. Es waren in Frankreich 1872 von 16,000 Tabakarbeitern 13,779 erwachsene weibliche und nur 1,381 Männer, der Rest Kinder. In Oesterreich von 26,222 Tabakarbeitern 22,151 Frauen und nur 3,098 Männer, in Ungarn von 12,272 Arbeitern 11,526 Frauen und nur 746 Männer, in Italien sind von zirka 18,000 Tabakarbeitern 15,000 Frauen und nur 3,000 Männer. In Deutschland war das Verhältniß am 1. Dezember 1878: 58,869 Männer und 48,154 Frauen*). 40,000, im günstigsten Falle 52,000 Arbeiter, werden beim Monopol angestellt werden, es ist somit bei den bekannten Unternehmermaximen in Preußen-Deutschland vorauszusehen, daß, um dem „armen Mann" seine Zigarre nicht zu vertheuern, nach Analogie der „Musterländer" Frankreich, Oesterreich-Ungarn ꝛc. weibliche Arbeitskräfte den Vorzug erhalten werden. Fast die gesammten männlichen Arbeiter wandern auf's Pflaster, und von diesen Männern verlangt man jetzt, sie sollen sich für den famosen Bismarck'schen Staatssozialismus begeistern. Fürwahr, eine infamere Zumuthung ist noch nie gestellt worden. Schmach über Jeden, der es wagt, den deutschen Arbeitern mit derartigen Zumuthungen zu kommen!

Komme man uns nicht mit „Garantien" gegen unverhältnißmäßig große Einstellung von weiblichen Arbeitskräften, gegen übergroße Ausbeutung und politische Abhängigkeit der männlichen Arbeiter. Auf derartige Garantien hat man in Preußen noch nie etwas gegeben und wird nie etwas geben. Ueberhaupt handelt es sich nicht darum.

Bismarck will das Monopol, um Geld herauszuschlagen, Geld, nicht für soziale Reformen, sondern für Militärzwecke. Was Bismarck von Garantien, gesetzlichen oder moralischen, hält, hat er schon oft gezeigt, abgesehen davon, daß er auf gesetzliche Einschränkungen sich auch gar nicht einlassen wird, so wenig er 1878 auf die „konstitutionellen Garantien" des Herrn von Bennigsen einging. Es heißt also Monopol sans phrase oder kein Monopol. Monopol sans phrase heißt Ausbeutungsfreiheit des Staates, vollständige Knechtschaft des Arbeiters — so liegt die Sache, Ihr „Arbeiterfreunde", darum handelt es sich heute, die Knechtschaft soll noch verstärkt, das Elend noch verschlimmert werden. Und nun keine Flunkereien mehr, hier heißt es: Farbe bekennen!

— Aus dem Reichsfüllhorn. In Augsburg fand am 18. ds. bei achtzehn sozialistischer Gesinnung verdächtigen Personen Haussuchung statt. Einem der Oberverdächtigen wurde seine ganze Bibliothek gestohlen. Was die Spürhunde aber suchten, haben sie nach den Worten der heiligen Schrift — nicht gefunden. Resultat ist so Null wie immer. Der Geist aber unter den Genossen ist famos. Derartige Polizeihatzen bringen immer Leben und halten die Galle in nützlich angenehmer „Frische". In Frankfurt a. M. hatten unsere Genossen am 19. September in einer Versammlung des demokratischen Vereins die Kandidatur unseres Genossen Döll proklamirt. Da muß eine Organisation sein, denkt Stieber, der Schlaue, und läßt eine große Razzia bei sämmtlichen Abonnenten des — „Reichsbürger", deren Liste er bei einem Genossen ergattert, abhalten. Aber ach, der Liebe Müh' war vergebens, von Verbotenem wurden nur „alte Sachen" gefunden, das Neue wird stets in Sicherheit gebracht, und Stieber's Schweißhunde mußten wie begossene Pudel heimlaufen. „Wir aber fahren mit desto größerem Eifer fort," — schreibt unser Genosse — „für unsere Partei zu wirken, und diese letzte Razzia hat uns die Sache wesentlich erleichtert. Das Abonnement auf unser Parteiorgan hat sich erfreulich gehoben; Haussuchungen gibt's doch, sagen sich jetzt Viele, welche früher zurückhielten, kurz, es geht auch in der Festung der bürgerlichen Demokratie wacker vorwärts für den proletarischen Sozialismus".

Fünf Deutschböhmen, die in Dresden wegen Verbreitung eines äußerst harmlosen Flugblattes für die Wahl Bebels polizeilich sistirt wurden, sind „für ewige Zeiten" aus ganz Sachsen ausgewiesen worden. Das heißt, so lange dieses „Neupreußen" noch vegetirt. Auf ebenso „geistreiche" wie infame Weise sucht die sächsische Polizei Genossen Liebknecht aus ihrem gesegneten Lande herauszugraulen. Die Wirthe, bei denen Liebknecht Wohnung nimmt, werden so lange ohne Unterbrechung chikanirt, bis Liebknecht aus Mitleid mit den armen Teufeln von selbst seiner Wege zieht. Aber klein kriegen sie ihn doch nicht. — In Berlin wird die Spitzelei und Schnüffelei mit erhöhtem Eifer betrieben. Neuerdings sind der Kistenmacher Müller, der Tischler Hiller und der Kolporteur Dumont behaussucht worden, bei Hiller wurde ein staatsgefährliches Transparent mit dem entsetzlichen Namen Hasenclever gefunden, bei Dumont erwischte man zwei alte Nummern des Sozialdemokrat. Glücklicher waren die Banditen in Dresden, denen es bei einem Ueberfall in einer Privatdruckerei gelang, 15,000 Flugblätter zu stehlen. Kommt auf Konto.

— Ein komisches Ereigniß, das vor wenigen Monaten noch für unmöglich gehalten worden wäre, hat eine gewisse Aufregung im liberalen Lager hervorgerufen. Ritter Georg von Bunsen, Sohn des

*) Alle diese Zahlen sind entnommen dem amtlichen Bericht der deutschen Tabak-Enquete-Kommission.

# Feuilleton.

## Klassenkampf und Sozialismus.

Mit der Entstehung des Klassenstaates beginnt eine neue Epoche für den Kampf ums Dasein des Menschengeschlechtes: die Epoche der Klassenkämpfe. Die Basis derselben ist natürlich verschieden von der der Stammeskämpfe: trotzdem sind die Erscheinungen in den einen Kämpfen wesentlich die gleichen, wie in den andern, wenn auch die Formen des modernen Klassenkampfes, den veränderten Anschauungen entsprechend, andere sind. Der Urmensch scheut sich nicht, dem Gegner des Stammes mit Lüge und Verrath entgegenzutreten. Auch der Gegner der Klasse gilt trotz der nationalen Zusammengehörigkeit als Feind, der auf jede Weise zu bekämpfen ist, und wo es nicht offen geschehen kann, geheim, durch geheime Verbindungen ꝛc. Das hat jede Klasse gethan, die nach Unabhängigkeit strebte, das ist nicht eine Eigenthümlichkeit der Sozialdemokratie, sondern des Klassenkampfes. Die Klassenkämpfe sind stets erbitterter, als die dynastischen Fehden, in denen man sich auf Kommando todtschlägt.

Andererseits drängt der Klassenkampf, wie der Stammeskampf, den Individualismus zurück und erweckt wieder die kommunistischen Instinkte. Auch die Bourgeoisie hat, so lange sie um ihre Anerkennung kämpfen mußte, Beispiele großartiger Selbstverleugnung und Aufopferung für die Sache der Klasse aufzuweisen. Aber bei ihr hatten stets die individualistischen Instinkte, wie sie das Privateigenthum hervorruft, mit den sozialen zu kämpfen. Gewöhnlich waren es die Deklassirten, unbemittelte Künstler und Literaten — von den Arbeitern natürlich abgesehen — oder junge Leute, auf die der individualistische Kampf ums Dasein noch nicht lange genug gewirkt hatte, um die sozialen Instinkte zu ersticken, welche „Idealisten" waren. Sobald die jungen Bourgeois älter wurden, hörten sie auf, Idealisten zu sein. Jetzt, nachdem die Bourgeoisie nicht mehr agressiv vorgeht, ist das Gegengewicht des Klassenkampfes vollkommen gewichen und der Individualismus äußert sich nun ganz frei mit seiner ganzen Folge der Feigheit und Niedertracht — auch bei ihrer Jugend.

Bei den Arbeitern muß dagegen der Klassenkampf die sozialen Instinkte um so mehr erwecken, je weniger Privateigenthum sie besitzen, je weniger Macht also der Individualismus über sie hat. Und so sehen wir heute bei den organisirten Arbeitern die kommunistischen Instinkte bereits fast ebenso stark, wie beim Urmenschen, natürlich auf höherer, internationaler Basis, d. h. für die organisirten Arbeiter bedeutet das Individuum nichts, die Klasse Alles. Nicht für die individuelle Freiheit kämpfen sie, sondern für die Freiheit der Klasse, nicht für die Wohlfahrt des Individuums, sondern für die Wohlfahrt der Klasse.

Man betrachte die strengen Bestimmungen der englischen Trade Unions, in welchen Arbeitszeit, Intensität und Lohnhöhe genau verzeichnet sind: ein Maurer darf z. B. bei einem Schilling Strafe nicht mehr als acht Ziegeln auf einmal tragen; ein Kollege, der ihn sieht und nicht anzeigt, verfällt in die gleiche Strafe. Bei dem letzten großen Bäckerstreik in New-York wurde von den Bäckergesellen beschlossen, keiner von ihnen dürfe Kost und Wohnung bei einem Meister annehmen. Kein Wunder, daß der „bürgerliche Demokrat" Walker in seinem Buche seiences of wealth S. 272, und viele andere „Demokraten" mit ihm ein solches Vorgehen als „Hochverrath gegen die republikanischen Einrichtungen" bezeichnen. In vielen Staaten des „demokratischesten Landes der Welt" verurtheilen auch Richter und Geschworene wegen dieses „Verbrechens" einen jeden, der einen Strike organisirt. Und vom bürgerlich demokratischen Standpunkt aus nicht mit Unrecht. Denn die gewerkschaftliche Bewegung bedeutet allerdings eine enorme Einschränkung der persönlichen Freiheit, sie ist wirklich Hochverrath an den Prinzipien der bürgerlichen Demokratie, aber sie ist ganz im Geiste der sozialistischen Demokratie. Nicht die Freiheit, nicht die Wohlfahrt des Individuums, sondern die der Klasse ist das Ziel der heutigen sozialistischen Bewegung, das lehrt uns diese Bewegung selbst allenthalben.

Wo wir die Geschichte der Arbeiterbewegung aufschlagen mögen, bei den kolossalen Lohnkämpfen Großbritanniens, bei den Arbeiter-Assoziationen Frankreichs im Jahre 1848*) oder bei den Befreiungskämpfen des Proletariats in Deutschland, überall tritt uns als charakteristisches Merkmal die Selbstlosigkeit entgegen. Was uns zur Partei treibt, was uns innerhalb derselben festhält, ist nicht Aussicht auf Gewinn, nicht Aussicht auf Ruhm und Ehre, auch nicht Aussicht auf Dank oder besondere Sympathie für die Individuen, welche die Partei bilden, es ist einzig und allein der kommunistische Instinkt, das Pflichtgefühl, welches uns sagt, daß die Klasse der Enterbten Anspruch hat auf unsere ganze Persönlichkeit, nicht blos auf ein Stückchen derselben, dessen Grenze die individuelle Freiheit ist. Der Partei gehören wir mit Leib und Seele, ihr gegenüber haben wir nur Pflichten, keine Rechte — außer einem: der Gleichheit. Wir sind verpflichtet, für die Partei Alles zu opfern, die Partei dagegen hat auch nicht das Geringste für uns zu opfern. Man mißverstehe mich nicht. Wenn wir unsere gemaßregelten Parteigenossen unterstützen, so ist das nicht ein Opfer, welches die Partei uns bringt, sondern welches wir der Partei bringen. Wir unterstützen unsere Genossen, weil wir dadurch die Kampffähigkeit der Partei erhalten, und deshalb ist es unsere Pflicht, dies zu thun. Nimmermehr aber darf die Partei ein Opfer zu Gunsten ihrer Mitglieder bringen. Unsere Partei ist nichts, als der organisirte und bewußte Theil der Arbeiterklasse, die Interessen der Arbeiterklasse sind ihre Interessen. Wenn nun Jemand käme und darthäte, daß unsere Partei durch Konzessionen, welche das Klasseninteresse schädigen, ihren Mitgliedern große Wohlfahrt erwerben könnte, dürfte sie diese Konzessionen machen? Sicher nicht, denn wir sind der Partei wegen, nicht aber die Partei unsertwegen da. Die Partei und die Klasse dürfen für ihre Mitglieder keine Opfer bringen.

Es ist eine heilige Pflicht jeder Armee, ihre Verwundeten zu pflegen und zu schützen. Aber um der Verwundeten willen wird sich nie eine Armee vor dem Feinde zurückziehen, und ihm ihre Positionen preisgeben.

Also nochmals: wir müssen kämpfen für die Partei, ob sie uns unterstützen kann oder nicht. Das Individuum hat der Gesammtheit gegenüber nur Pflichten, keine Rechte.

Dieser Satz ist nicht eine Aufforderung, er ist blos die Konstatirung einer Thatsache, die sich naturnothwendig aus dem Klassenkampf ergeben hat. Es handelt sich nicht um das, was sein soll, sondern um das, was ist, und das ist einfach folgendes: Die Ansprüche der Klasse sind nicht beschränkt durch die Freiheit des Individuums, sondern im Gegentheil, die Freiheit des Individuums ist beschränkt durch die Ansprüche der Klasse.

Die Einwände, die man gegen diesen Satz gemacht hat oder machen kann, sind nichtig.

Man hat mir entgegengehalten, daß es eine Menge Fälle gebe, bei denen, „obgleich der Zwang für Alle gilt, also Gleichheit herrscht, doch thatsächlich nur für die Minorität dieser Zwang fühlbar und zu einer Unterdrückung ihrer individuellen Freiheit wird", und führte als Beispiel an: Wenn die Ansicht eines französischen Arbeiterblattes, die Religion zu verbieten, die Majorität erlange, so treffe dann die Minorität, die sich zur Religion bekenne, ein Zwang, sie sei ihrer Freiheit beraubt.

Nun frage ich, ob das nicht bei jedem Majoritätsbeschluß der Fall ist? Ich möchte den Beschluß kennen — außer einstimmig gefaßten — bei dem kein Zwang auf die Minorität ausgeübt wird. Wollen wir diesen Zwang beseitigen, dann kommen wir einfach dahin, daß entweder Beschlüsse nur für die giltig sind, die ihnen zustimmen, oder daß gar keine Beschlüsse gefaßt werden, d. h. wir gelangen zur Anarchie, sobald wir annehmen, daß die individuelle Freiheit die Grenze des Zwanges der Gesammtheit über den Einzelnen ist.

Es gibt nur eine Grenze des Zwanges der Gesammtheit über das Individuum, und das ist die Gleichheit: die Gesammtheit darf von keinem Individuum mehr fordern als von dem andern.

Selbstverständlich gilt als Grenze dieses Zwanges auch die gesunde Vernunft. Und diese ist es und nicht eine imaginäre „Freiheit", welche mich bewegt, gegen eine Abschaffung der Religion aufzutreten: mich leitet ganz einfach die Erwägung, daß es ein Unsinn ist, die

*) Ueber diese sagt Sigmund Engländer: „Die Geschichte der Arbeiter-Assoziationen in Frankreich besäße kein höheres geschichtliches Interesse, wenn es sich blos um die Anstrengungen einiger Arbeiter-Verbindungen handeln würde, welche nur den Zweck gehabt hätten, deren Mitglieder von der Herrschaft ihrer Meister zu befreien und selbstständig zu machen. Allein diese Arbeiter-Assoziationen hatten einen höheren Zweck. Diese Arbeiter, welche so große Entbehrungen ertrugen, vergaßen nicht einen Augenblick, daß sie nicht für ihre individuelle Befreiung arbeiteten, sondern daß es sich darum handle, ein Beispiel hinzustellen, daß eine soziale Reform möglich sei." (Geschichte der französischen Arbeiter-Assoziationen, III. Bd. S. 83.)

früheren berühmten preußischen Gesandten in England, also aus einer der „distinguirtesten" Beamten-Familien des alten Preußen stammend, selbst bekannt als gemäßigter liberaler Abgeordneter, Vorstandsmitglied von zirka einem Dutzend gemeinnütziger Vereine, hochangesehen bei der Kronprinzessin von Preußen, ist wegen Bismarckbeleidigung, verbrochen in einer Wahlrede, in Anklagezustand versetzt worden. Uns kann's recht sein — Bismarck soll sich nur in allen Kreisen abwirthschaften.

— Der deutsche Kaiser hat nach den Marinemanövern den Admiral Stosch umarmt; dasselbe that gleichfalls gerührt wegen des gelungenen Exerzitiums „unser Fritz" und zwar vor versammeltem Kriegsvolk. Ferner erhielt der Admiral, General und Marineminister den „hohen Orden vom schwarzen Adler". Das könnte uns nun alles recht gleichgiltig sein, wenn nicht dadurch bewiesen würde, daß beim Kaiser und beim Kronprinzen die „Unterröcke" wieder an der Arbeit sind. Stosch ist ein erklärter Liebling der „Unterröcke". Bismarcks Wuth soll auch nicht gering sein — man sagt, er habe aus Aerger an jenem Tage eine Flasche Kognak mehr getrunken und einige höhere Lakaien, Geheimräthe ꝛc. ꝛc. mehr geprügelt, als gewöhnlich.

— Weitere Parteikandidaturen: In Hannover: Meister; in Gera: Brätter; in Plauen im Voigtland (Sachsen): wahrscheinlich Dr. Oidtmann; in Lörrach-Mülheim: August Dreesbach; in Freiburg (Baden): August Bebel; Rostok: Hasenklever; Schwerin in Mecklenburg: Hasenklever; in Berlin, 2. Wahlkreis: Louis Viereck; 3. Wahlkreis: Heinrich Bogel. Im 1. und 5. Berliner Wahlkreis sollen unsere Genossen einen Kompromiß mit den Anhängern Most's abgeschlossen haben. Wir erwarten darüber noch näheren Bericht.

— Unser belgisches Bruderorgan, die „Voix de l'ouvrier", sieht sich gezwungen, ihr Erscheinen einzustellen und wird vom 1. Oktober ab durch eine Monatsrevue l'Avenir Social" (die soziale Zukunft) ersetzt werden. In der Abschiedsnummer setzt ihr Redakteur des Näheren auseinander, weshalb dem Blatt die Lebensfähigkeit mangelte. Die belgischen Arbeiter sind politisch rechtlos und sozial bis aufs Aeußerste ausgebeutet. Es fehlt daher der wesentlichste Faktor, der eine kämpfende Partei zusammenhält, der praktische Anfaßpunkt, der Hebel im politischen Kampf, der relative Erfolg. Die belgische sozialistische Bewegung ist auf die Bewegung der großen Nachbarländer Frankreich und Deutschland angewiesen, von diesen muß der Anstoß kommen, der auch den belgischen Arbeitern wieder Vertrauen in ihre Kraft einflößen wird.

— Am 17. September fanden in verschiedenen Städten Belgiens die Wahlen zu den Gewerbegerichten statt. In Gent ist es den Machinationen der vereinigten Reaktion gelungen, die Kandidaten der Arbeiter mit einer allerdings sehr schwachen Majorität (307 Stimmen gegen 224) zu schlagen, in Verviers dagegen erlangten die Sozialisten für ihre Kandidaten eine glänzende Majorität.

— Aus Verviers (Belgien) schreibt man uns: Die Reaktion arbeitet mit Dampf. Innerhalb acht Tagen sind hier drei Mann ausgewiesen worden, ohne daß Einer von ihnen sich politisch kompromittirt hätte. Und nicht allein, daß man die Leute ausweist, ist die belgische Polizei noch so gemein, den Paß an die Grenze zu schicken und so der deutschen Polizei Gelegenheit geben, die Betreffenden gleich kennen zu lernen. So ist es einem der Ausgewiesenen, Genossen Bach, gegangen, der seinen Paß in Herbesthal holen mußte. Weitere Ausweisungen sind in Aussicht genommen. Dies allen Genossen, welche etwa nach Verviers zu gehen beabsichtigen, zur Warnung. Auf dauernden Aufenthalt ist für einen Sozialisten in Verviers nicht zu rechnen.

— Aus Frankreich. Unsere Genossen erinnern sich der Affaire Malon-Lullier. Dieselbe ist jüngst zu einem definitiven Abschluß gelangt. Lullier hat sich schließlich doch genöthigt gesehen, auch seinerseits drei Schiedsrichter zu bestimmen, welche sich mit den von Malon vorgeschlagenen auf Eduard Lockroy als Obmann einigten. Dieses Schiedsgericht hat nun am 12. September unter Anerkennung sämmtlicher von Malon gegen Lullier vorgebrachten Thatsachen einstimmig dahin entschieden, daß erstens, nachdem Lullier seinen Brief an Malon zurückgenommen, keine Veranlassung zu einem Duell mehr vorliege, und zweitens, es Sache der öffentlichen Meinung sei, die im Protokoll erwähnten Thatsachen — das Verhalten Lulliers während der Kommune — zu beurtheilen.

Dieser Schiedsspruch wird am 30. September in einer großen Volksversammlung im Elysee Montmartre zur öffentlichen Vorlesung kommen.

Unsere beste Gratulation unserm Freunde Malon zu dieser glänzenden Genugthuung. —

Ein Zirkulär theilt uns mit, daß die „Egalité" (Gleichheit) in den ersten Tagen des Oktober wieder erscheint und ihre Existenz materiell gesichert sei. Ferner soll der „Proletaire", der bis jetzt wöchentlich erschien, sobald als möglich in täglicher Ausgabe erscheinen. Man sieht, an Unternehmungslust fehlt es unsern französischen Brüdern nicht. Wenn es nur mit der Ausdauer ebenso bestellt wäre! Ein zwei- oder dreimal wöchentlich erscheinendes Zentralorgan würde, unserer Ansicht nach, vorläufig den Bedürfnissen der französischen Arbeiterpartei vollständig Genüge leisten — abgesehen natürlich von der Lokalpresse.

Diese vermehrt sich in erfreulicher Weise. So erfahren wir aus dem „Citoyen", daß auch in Troyes demnächst ein sozialistisches Blatt, „L'Exploité" (Der Ausgebeutete), erscheinen wird. Dieser Titel macht jedes Programm überflüssig, setzt der Citoyen sehr richtig hinzu.

Der Zimmererstreik dauert noch immer fort. Die Unternehmer machen Riesenanstrengungen, die Arbeiter unterzukriegen, aber alle ihre Machinationen scheiterten bisher an dem festen Zusammenhalt der Arbeiter. Am 21. September konnte das Streikkomite den belgischen Zimmerleuten, welche die Unternehmer nach Paris gelockt hatten, seinen Dank dafür sagen, daß sie, kaum vom Stande der Dinge unterrichtet, sofort Paris verließen.

Gegen wortbrüchige Unternehmer wird die strengste Justiz geübt; selbst unter den glänzendsten Bedingungen wird bei ihnen nicht gearbeitet.

In Roanne haben über 300 Weber der Fabrik Cherpen-Lapoire und Destre durch einen siegreich geführten Streik die Unternehmer gezwungen, die Fabrikordnung gemäß den Forderungen der Arbeiter abzuändern. In Marseille streiken die Kesselarbeiter (Lohnerhöhung), die Töpfer (Wiederherstellung des früheren Tarifs); auch der Streik der Steinhauer dauert noch immer fort. In Angers streiken Maurer und Steinhauer wegen Lohnerhöhung ꝛc. ꝛc.

Die französischen Schriftsetzer, welche bisher nur lokal organisirt waren, haben sich auf einem Ende August stattgehabten Kongreß zu einem nationalen Verbande organisirt, der bereits gegen 6,000 Mitglieder zählt. Die wichtigsten Resolutionen des Kongresses betreffen die Herabsetzung der Arbeitszeit, die Regelung des Lehrlingswesens (Beschränkung der einzustellenden Lehrlinge im Verhältniß von 1 zu 10) und die Kontrole der Streiks durch das Zentralkomite. In den Debatten zeichneten sich namentlich unsere Genossen Adh. Lecler und Ach. Leroy aus, deren Anträge fast sämmtlich zur Annahme gelangten.

Der fünfte nationale Arbeiterkongreß findet am 15. Oktober in Reims statt.

— Seit dem 21. September findet in Barcelona ein spanischer Arbeiterkongreß statt. Es steht zu hoffen, daß derselbe das Werk der Vereinigung der spanischen Arbeiter zu einer kräftigen kampffähigen Organisation um ein Bedeutendes fördern werde.

Wir werden in einer der nächsten Nummern einen Artikel aus kompetenter Feder über die spanische Arbeiterbewegung, die einen erfreulichen Aufschwung zu nehmen scheint, zur Veröffentlichung bringen.

— Der 14. englische Gewerkschaftskongreß, dessen wir schon in voriger Nummer gedachten, hat das damals über ihn gefällte Urtheil in seinen weitern Verhandlungen bestätigt. Obgleich noch so manches Unerfreuliche auf ihm zu Tage trat, so manche alte Bornirtheit und Illusion noch nicht gänzlich abgestreift war, in zwei Punkten zeigte sich ein gewaltiger Fortschritt. Für's Erste waren alle Redner einig darin, daß die bisherige Taktik der Enthaltung der Gewerkschaften von allen politischen Fragen unhaltbar sei, und daß in Sachen der Arbeitsgesetzgebung die Arbeiter, unabhängig von allen andern politischen Parteien, eine selbständige Stellung einzunehmen hätten. Dies führt aber naturnothwendig dazu, daß der Klassengegensatz auch auf's politische Gebiet übertragen und einer Arbeiterpartei der Weg gebahnt wird.

Weiteres aber wurde besonders die Internationalität der Arbeiterklasse hervorgehoben. Unter Anderem bewies dies die Verhandlung über eine Adresse des Schweizerischen Weltkongreß-Komites, in welcher der Trades-Union-Kongreß aufgefordert wurde, den Weltkongreß zu beschicken. Entgegen dem Antrage eines Herrn Ashton, die Einladung einfach zur Kenntniß zu nehmen, wurde ein Antrag von Hams und Weiter angenommen, der das parlamentarische Komite beauftragte, die nöthigen Erkundigungen einzuziehen und den Kongreß zu beschicken. Dies ist wohl der beste Beweis, daß die englischen Arbeiter ihre Vorurtheile gegen den Sozialismus aufgegeben haben und daß sie in nicht allzulanger Zeit in Reih und Glied mit den Proletariern anderer Länder marschiren werden. Und wenn sie nur einmal mit uns marschiren — gut schlagen werden sie sich auf jeden Fall.

— Wenn etwas geeignet ist, den russischen Despotismus von seiner scheußlichsten Seite zu kennzeichnen, so ist es das überaus feige Benehmen der russischen und polnischen Theilnehmer am internationalen literarischen Kongreß in Wien. Die meisten unserer Leser werden bereits von jener Sitzung gelesen haben, in welcher der Pariser Journalist Ratisbonne den Antrag einbrachte, der Kongreß möge ein Gesuch an den russischen Czaren um die endliche Freilassung des edlen Denkers Tschernyschewski beschließen. Wie von einer Tarantel gestochen, sprangen die Russen und Polen auf und protestirten gegen diesen Antrag, dessen bloße Diskussion ihnen die Rückkehr in die Heimath unmöglich mache, und in der That gelang es ihnen, eine Beschlußfassung zu hintertreiben.

Anfangs richtete sich unsere ganze Entrüstung gegen diese Feiglinge — denn gerade in diesem Falle hätten die Herren nichts zu fürchten gehabt. Die russischen Henker sind viel zu sehr auf die Unterstützung der europäischen Presse angewiesen, als daß sie ihr so direkt einen Schlag in's Gesicht gegeben hätten. Je mehr wir aber über den Vorfall nachdenken, um so kühler müssen wir über die Herren Krylow, Michelet und Konsorten urtheilen. So gering wir von den Journalisten zu denken gewohnt sind, eine derartige Versklavung der Geister, eine derartige hündische Unterwürfigkeit unter die Launen eines Despoten und seiner Günstlinge — sie sind die nothwendigen Folgen jenes infamen Systems, gegen welches sich die edlen und kühnen Geister in Rußland nur in der Gestalt des vielgeschmähten „Nihilismus" zu erheben vermögen. Sklave oder Nihilist, das ist die Alternative, die heute jedem Russen gestellt ist.

Und dieses hundsföttische System soll jetzt noch verschärft, die grausamsten Ausnahmemaßregeln in dauernde Einrichtungen umgewandelt werden. Und wie von jeher mit der Grausamkeit die Lüge Hand in Hand ging, so wird für diesen Verrath an der Sache der Menschheit das Wort „Reform" prostituirt, und an der Wiege dieser infamen „Reformen" stehen als Geburtshelfer Deutschlands genialer Kanzler und sein „milder" Kaiser, die ja auch in „ihrem Lande" unter dem Deckmantel sozialer „Reformen" dem Volke das Fell über die Ohren ziehen. Ja, auch in Deutschland macht die Versklavung der Geister täglich Fortschritte, das gegenseitige Ueberbieten an Loyalität, der Streit, wer die „treueren Diener der Hohenzollern" sind, müssen sie nicht jedes unabhängige Gemüth empören? Auf, Deutschlands Proletarier, rettet euer Vaterland vor der Schmach, die das feige Bürgerthum ihm täglich und stündlich bereitet! Arbeiter Deutschlands, benutzt jede Gelegenheit, um zu zeigen, daß ihr nicht Fürstenknechte, sondern freie Männer seid, daß ihr euer Wohl nicht von Fürstengnaden erbetteln, sondern von Volkes Willen erkämpfen wollt!

— Ueber Garfields Tod schreibt uns ein amerikanischer Parteigenosse: Wir bedauern das Attentat, können uns aber nicht verhehlen, daß der Tod Garfield's einen klärenden Einfluß auf die politische Situation Amerikas haben wird. Daß der oberste Beamte der Republik als ein Opfer des wilden Haschens und Jagens nach Aemtern gefallen ist, wird die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Einführung von Gesetzen hinlenken, welche im Stande sind, diesen Fluch auszurotten. Zu lange schon haben Künstlichkeit, Korruption, Unfähigkeit und Betrug die Büreaukratie der Vereinigten Staaten beherrscht. Aber das ist noch nicht Alles. Daß Arthur Präsident wird, bedeutet nichts anderes als die Herrschaft Conklings und Grants, den Imperialismus und eine Kette von Intriguen, deren Resultat die Auflösung der republikanischen Partei sein wird. Welche Versprechungen Arthur auch abgeben mag, sie haben nur den Zweck, die Absichten der Grant-Partei zu verhüllen. Die besseren Elemente der Republikaner haben keine Sympathie mit Grant oder Arthur, und daher wird sich binnen Kurzem ein erbitterter Kampf zwischen den beiden Elementen entspinnen. Nur der Einigkeit dieser beiden ist es zuzuschreiben, daß die Republikaner bei der letzten Präsidentenwahl siegten. Ein Zwiespalt unter den Republikanern ermöglicht einen Sieg der Demokraten bei der Präsidentenwahl 1884. Eine einzige Periode demokratischen Regiments reicht aber hin, alle gesunden Elemente im Volke auf die revolutionäre Bahn zu drängen und sogar einen Theil der Republikaner und zwar die besten und radikalsten Elemente derselben in das sozialistische Lager zu treiben. Dann ist unser Sieg unausbleiblich.

## An unsere Parteigenossen in Deutschland.

An die Spitze der sogenannten Reichskommission, d. h. derjenigen Behörde, welche die oberste Beschwerdeinstanz für Unterdrückungsmaßregeln gegen die Sozialdemokratie bilder, ist neuerdings der Unterstaatssekretär von Schlickmann gestellt worden. Obgleich bisher schon die Reichskommission sich in jeder Beziehung reaktionär gezeigt hat, und unsere Parteigenossen sich über diese Behörde keinerlei Illusionen hingegeben haben, veranlaßt uns die Ernennung des von Schlickmann zum Vorsitzenden derselben, hiermit doch unsere Parteigenossen noch ganz speziell aufzufordern, unter keinen Umständen, mögen Verbote und Unterdrückungsmaßregeln noch so ungeheuerlich sein, sich beschwerdeführend an die Reichskommission zu wenden.

Dieser ꝛc. Schlickmann hat als Reichstagsmitglied sich ganz besonders durch reaktionären Eifer, sowohl bei Berathung des Ausnahmegesetzes, wie bei den verschiedenen Verhandlungen über den Belagerungszustand

---

Religion wegdekretiren zu wollen, so lange sie in den Köpfen steckt. Andererseits frage ich, wie man die Religion anders verbieten könnte, als durch Ausnahmegesetze, also durch eine Verletzung der Gleichheit. Dagegen lehrt uns ein Blick auf die Arbeiterbewegung, daß unzähligemale Majoritätsbeschlüsse gefaßt wurden, welche die individuelle Freiheit ebenso stark beschnitten, als es eine Abschaffung der Religion thäte. Alle Punkte unseres Programms sind einfach Majoritätsbeschlüsse, also vom individualistischen Standpunkte ebenso verwerflich, wie die Abschaffung der Religion.

Vom kommunistischen Standpunkte dagegen ist das Benehmen derjenigen verwerflich, welche sich den Majorität nicht fügen und, indem sie ihr individuelles Belieben höher stellen als das Interesse der Klasse, ihre eigenen Wege verfolgen.

Lächerlich ist es nun, zu behaupten, die Preß-, Rede-, Versammlungs- und Vereinsfreiheit sei bedroht, sobald die Gleichheit und nicht die individuelle Freiheit die Grenze der Machtvollkommenheit der Gesammtheit ist. Wird es je der Gesammtheit einfallen, diese Freiheiten allen ihren Mitgliedern, also sich selbst nehmen zu wollen? Das wäre Blödsinn. Wenn sie aber diese Freiheiten nur einem Theil ihrer Mitglieder nimmt, ist der Grundsatz der Gleichheit verletzt. Diese Rechte sind überhaupt nur in Gefahr im Stände- und Klassenstaat. Innerhalb des Stammes und der Klasse sind sie so selbstverständlich, daß man es gar nicht für nöthig hält, sie zu diskutiren. Man frage einen Indianer, ob er nicht das Recht habe, am Berathungsfeuer des Stammes zu sitzen. Er würde die Frage für eine Beleidigung halten. Und andererseits wieder frage man einen Arbeiter, ob innerhalb seiner Gewerkschaft jedes Mitglied das gleiche Recht zu sprechen, zu berathen und zu stimmen habe. Er wird verwundert fragen, ob es denn anders sein könne. Ja, noch mehr. An den Berathungen des Stammes, respektive der Klasse Theil zu nehmen, gilt nicht nur als Recht, sondern als Pflicht.*) Man frägt da niemals, ob man einem Bruchtheile der Mitglieder dieses Recht nehmen dürfe oder nicht, wohl aber, ob die Säumigen nicht zu zwingen wären, ihrer Pflicht nachzukommen. In Athen mußte jeder Bürger einer Partei angehören, in Arbeitervereinen müssen diejenigen, welche bei wichtigen Berathungen ohne Entschuldigung fehlen, Buße zahlen. Preß-, Versammlungs- und ähnliche „Freiheiten" haben mit der individuellen Freiheit gar nichts zu thun, sie sind Mittel der Pflichterfüllung der Individuen gegenüber der Gesammtheit. Man spricht und schreibt nicht zum individuellen Vergnügen, sondern um der Gesammtheit zu nützen — oder es soll wenigstens so sein. Am meisten sind Preß- und Versammlungsfreiheit gefährdet dort, wo der Individualismus, d. h. Hochschätzung des werthen Ich, Gleichgültigkeit gegen die Gesammtheit herrscht. Am meisten blühen sie dort, wo die kommunistischen Instinkte stark sind, wo jeder die regste Theilnahme für das Gemeinwesen fühlt.

Angesichts aller dieser unbestreitbaren Thatsachen bleibt dem Anhänger der individuellen Freiheit nur mehr eine Position übrig: Er kann behaupten, was hier gesagt ist, gelte blos vom Klassenkampf, nicht aber für die Zeit, wenn wir gesiegt haben und ruhigere Zustände eingetreten sein werden. Dann werde auch die Bedeutung des Individuums wieder mehr in den Vordergrund treten. Diese Kalkulation kann sich auf das Analogon der Bourgeoisie stützen.

Aber wir sind eben keine Bourgeois. Bei der Bourgeoisie waren selbst während des erbittertsten Klassenkampfes die kommunistischen Instinkte nur mächtig in einer Anzahl von Individuen, welche vom korrumpirenden Einflusse des Privateigenthums unberührt geblieben waren. Da mußte natürlich nach erlangtem Siege schnell die Atomisirung der Bourgeoisklasse eintreten.

Bei uns sind die kommunistischen Instinkte nicht nur in Allen mächtig, die den Klassenkampf überhaupt mitkämpfen, wir streben auch eine Form des Kampfes ums Dasein an, welche analog der urwüchsigen Form desselben, des Stammes-Kommunismus, ist, nur auf einer höheren Stufe, auf Grundlage der Errungenschaften der bisherigen Entwicklung, der Internationalität und der Wissenschaften und Künste. Wenn auch die von uns angestrebte Form des Kampfes ums Dasein ihre Spitze mehr gegen die uns umgebende Natur richten wird, indeß der Stamm seine Spitze mehr gegen die ihn umgebenden Menschen richtete, auf jeden Fall wird der Kampf ums Dasein hier wie dort ein kommunistischer sein und daher die im Menschen schlummernden kommunistischen Instinkte nicht schwächen, sondern stärken, damit aber auch die Bedeutung des Individuums zurückdrängen. Fortbestehen wird der Zwang der Majorität über die Minorität, der Gesammtheit über den Einzelnen, nur wird mit der fortschreitenden Entwicklung des Kommunismus und der Stärkung der kommunistischen Instinkte immer mehr an Stelle des physischen Zwanges der Zwang der öffentlichen Meinung treten, der auch im urwüchsigen Stammesleben eine so große Rolle spielt, und der heute schon innerhalb der Partei bewirkt, daß die Beschlüsse der Partei besser beobachtet werden als die Gesetze des Klassenstaates, deren Befolgung durch Schergen erzwungen wird.

Wenn noch manche unserer Genossen für möglichst große individuelle Freiheit schwärmen, so ist das nur ein Ideenatavismus, den sie oft selbst durch die Praxis widerlegen. Der Schlachtruf der Bourgeoisie während ihres Kampfes nach Herrschaft, der Ruf, „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit", hat so mächtige Erfolge aufzuweisen gehabt, das Proletariat selbst hat mit diesem Rufe so viele Siege errungen — allerdings nur zu Gunsten des dritten Standes — daß es leicht begreiflich ist, warum derselbe heute noch in unseren Reihen eine solche Zauberkraft ausübt. Aber wir sind mehr als die Fortsetzer des von der Bourgeoisie begonnenen Werkes, wir haben eine größere Aufgabe, als die, die Lücken auszufüllen, welche die bürgerliche Demokratie gelassen hat, wir sind Vertreter einer von der ganzen bisherigen Klassenherrschaft grundverschiedenen Weltanschauung. Wir streben nicht darnach, an Stelle der bisherigen Herrschaft einer Klasse die Herrschaft einer anderen Klasse zu setzen, sondern darnach, diese Herrschaft selbst zu vernichten. Die sozialistische Revolution bedeutet nicht, wie die große französische Revolution einen Schritt weiter in der Entwicklung der bisherigen Form des Kampfes ums Dasein, sondern die Einführung einer ganz neuen Form desselben. Die Umwälzung, der wir entgegen gehen, ist ebenso gewaltig und einschneidend als diejenige, welche den urwüchsigen freien Stamm in den Ständestaat verwandelt hat, ebenso gewaltig und einschneidend als die Völkerwanderung und deren Folgen, welche den auf der Abgeschlossenheit des Stammes beruhenden ständischen Staat in einen Klassenstaat verwandelten. Aber diese kommende Umwälzung wird bewußt und nicht innerhalb Jahrhunderten, sondern innerhalb Jahrzehnten vor sich gehen, und darum wird sie noch weit großartiger sein als jede Umwälzung, die das Menschengeschlecht bisher erlebt hat.

So großartig auch der Gedanke der bürgerlichen Demokratie im Gegensatz zum Feudalismus und Absolutismus war, so ist er doch verschwindend kleinlich im Gegensatz zum sozialdemokratischen Gedanken. Der Grundgedanke der bürgerlichen Demokratie besagt nichts, als Beseitigung aller noch in die Neuzeit ragenden Ueberbleibsel des Ständestaates, um den reinen Klassenstaat zu verewigen.

Wir wollen den Klassenstaat vernichten und darum haben wir unser Vorbild nicht bei der bürgerlichen Demokratie, sondern bei den Gemeinwesen zu suchen, in welchen vollständige Gleichheit herrscht, bei den urwüchsigen Stämmen. Diese beruhen aber nicht auf dem Prinzip der Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, sondern blos auf dem Grundsatze der Gleichheit und Brüderlichkeit.

Zu diesem Resultate gelangen wir, wenn wir versuchen, unsere Bewegung aus der bisherigen Entwicklung des Menschengeschlechtes zu erklären — dem einzigen Wege, auf dem unsere Bewegung überhaupt verstanden werden kann. Von aprioristischen Ideen einer höheren Gerechtigkeit, unveräußerlicher Menschenrechte ꝛc., welche auf ebenso sicherer Grundlage ruhen, als die Ideen vom Dasein Gottes und der Unsterblichkeit der Seele, von denen kommt bei dieser Auffassungsweise allerdings nichts vor. Das sind Dinge, welche die realistische, von Karl Marx begründete Geschichtsauffassung längst über Bord geworfen hat. Und wesentlich dem Umstande, daß der deutsche Sozialismus diese Geschichtsauffassung akzeptirt und das viele Phrasengeklingel verpönt hat, verdankt er seine heutige Stärke, seine Führerschaft im Klassenkampfe.

Unsere Pflicht ist es, auf dem begonnenen Wege weiterzuschreiten. Wir haben weder die Aufgabe, uns in Phrasen zu berauschen, noch die müssigen Träumereien über den Zukunftsstaat nachzuhängen. Unsere Aufgabe ist es, uns zur Klarheit emporzuringen und darum vor Allem Kritik, Kritik an den Gegnern, Kritik an uns selbst. Namentlich aber Kritik an der Phrase.

Symmachos.

*) Der Klassenstaat hat hier und auch sonst das naturgemäße Verhältniß umgekehrt. So hat er andererseits aus dem urwüchsigen Wehrrecht eine Wehrpflicht machen müssen.

ausgezeichnet, es wäre schade um jeden Tropfen Tinte, wollte man durch Einreichung einer Beschwerde, bei diesem Menschen den Glauben erwecken, daß man auf seine „Objektivität“ vertraue.

Die Ernennung des ꝛc. Schlickmann zum Vorsitzenden der Reichskommission zeigt nur, daß die Reichsregierung selbst diese sogenannte Beschwerdekommission als Schwindel betrachtet.

# Parteigenossen! Vergeßt der Verfolgten und Gemaßregelten nicht!

## Korrespondenzen.

— **Berlin,** 21. Sept. Ein unterbrochenes Opferfest. Sonntag, den 18. Sept., Vormittags 11½ Uhr, fand eine von ca. 2000 Personen besuchte Versammlung des Wahlvereins der deutschen Fortschrittspartei im 4. Berliner Reichstagswahlkreise statt. Der Einberufer erklärte, daß er Ruhestörern gegenüber mit Hilfe der Polizeibeamten von seinem Hausrechte Gebrauch machen werde.

Träger: Seit 1874 bin ich im Parlamente und in der parlamentarischen Carriere. Sie hat mir Lasten auferlegt. Ich würde von ihr zurücktreten, aber ein Parteimann hat seiner Partei gegenüber Verpflichtungen. Redner verwahrt sodann die Fortschrittspartei gegen die Insinuation antimonarchischer Gesinnungen. Seine Partei habe die ihr von den Offiziösen aufgehalste Parole: „Fort mit Bismarck!“ niemals ausgegeben. Durch eine fortschrittliche Majorität könne der Kanzler nicht zum Gehen gezwungen werden, und selbst zu gehen fiele ihm, wie er bekanntlich gesagt, niemals ein. Echt fortschrittlich waren die Proteste gegen Bismarck. Redner erging sich mitunter in den servilsten Ausdrücken gegen den Kanzler und beschönigte, resp. dementirte so gewissermaßen das vorher Gesagte. Geistesprodukte, die der gesunde Sinn des Volkes mit dem Prädikat „faule Witze“ belegt, wurden zu Tage gefördert. „Man werde die Fortschrittspartei, der man ja Alles in die Schuhe zu schieben bemüht sei, auch noch für das schlechte Wetter verantwortlich machen!“ (Diese „satyrische“ Aeußerung war 3 Tage vorher vom Rechtsanwalt Kaufmann, Vorsitzendem des Vereins „Waldeck“, in einer Wählerversammlung derselben Partei und desselben Wahlkreises gebraucht und wahrscheinlich von Herrn Träger wegen ihres geistvollen Inhalts adoptirt worden.) Des Weiteren gab der Vortragende die allbekannten Phrasen der Fortschrittspartei zum Besten. Nur in der freien Konkurrenz sei Abhilfe zu suchen, nur das „Hilf Dir selbst“ dem Stolze des Einzelnen entsprechend. Die Bestrebungen der Sozialdemokraten seien neben einigen berechtigten Forderungen, die seine Partei in ihr Programm aufgenommen, Hirngespinnste. Folgte dann Glorifizirung der manchesterlichen Theorie und Lobhudelei der Fortschrittspartei als einer Partei, die sich das Wohl des Volkes am meisten angelegen sein lasse. Die Kandidatenrede, ein Meisterstück von Volubilität und Gehaltlosigkeit, schloß mit Betheuerungen der bekannten Art. — Eine Interpellation folgenden Inhalts wurde eingereicht: „Warum hat der Kandidat im Erfurter Wahlkreise zu Gunsten eines Kompromißkandidaten auf eine Kandidatur verzichtet?“ Etwas betreten antwortete Herr Träger: Der Umstand, daß der 4. Berliner Reichstagswahlkreis ihm sein Vertrauen schenke, habe ihn veranlaßt, seinen politischen Freunden in Erfurt zu rathen, für einen Liberalen (Sezessionisten?) zu stimmen, um dem Freikonservativen — Dr. Lucius — den Wahlkreis nicht zu überlassen. — Der Vorsitzende ergriff hierauf das Wort, um ein Hoch auf Träger auszubringen, wurde aber von unsern Genossen, die ⅘ des Auditoriums bildeten, mit ihren sich echoartig im Saale fortpflanzenden Rufen „Bebel hoch“ übertönt. Die Gesichter der Fortschrittshelden auf dem Podium wurden ob dieser unliebsamen Ovation um einige Nüancen bleicher. Unter fortgesetzten enthusiastischen Hochrufen auf Bebel wurde der Saal verlassen. Nachzutragen ist noch, daß sich der Schluß der Versammlung — Diskussion fand nicht statt — auffallend schnell, ja fieberhaft vollzog, jedenfalls um einer Auflösung vorzubeugen. Daß die Versammlung ein so vorzeitiges Ende erlebte, ist den Drohworten des Einberufers, durch welche dieser die in überwiegender Majorität anwesenden Sozialisten einschüchtern wollte, zu verdanken. Ein einziger Zuruf bei Beginn der Versammlung hatte die großartige Wirkung gehabt. Die Drohung, mit Hilfe der Polizei einzuschreiten, kennzeichnet recht drastisch das Maulheldenthum der Fortschrittspartei mit ihrem „Hilf Dir selbst!“ Salve!

— **Hamburg-Altona,** 14. September. Einem Fremden müssen die Tage: Dienstag, der 13., und Mittwoch, der 14. September, in Hamburg nicht allein wunderbar vorgekommen sein, sondern er wird erstaunt sich gefragt haben: Sind das die Städte im Belagerungszustand? Ist das Volk von dem Flaggenschmuck berauscht worden, daß es dicht gedrängt zu Tausenden durch die Gassen strömt, um den Mann jubelnd zu empfangen, der sie knechtet und tyrannisirt, der jeden Arbeiter von Weib und Kindern jagt, welcher sich selbstständig zu denken erlaubt, — ist denn das Volk wirklich noch soweit zurück, daß es seine Peiniger anbetet?

Man muß das Volk von Hamburg-Altona erst kennen lernen, um ein Urtheil darüber fällen zu können. Die Neugier allein war es, welche das Volk von Altona bewog, die Straßen am Dienstag Abends zu durchstreifen. Dichtgedrängt, aber lautlos strömte es die Königsstraße und Pamaille auf und nieder. In dem Gedränge selbst aber hörte man öfters Aeußerungen wie: Das also ist der Götze, den man uns anzubeten zumuthet. Das ist der Heldenkaiser Deutschlands von Gottes Gnaden, wie man ihn nennt! Das ist der Mann, der sich erfrecht, über Krieg und Frieden zu entscheiden, der es wagt, sich das Recht anzumaßen, über Wohl und Wehe des deutschen Volkes verfügen zu dürfen! Das ist der Mann, welcher 1848 die Kanonen gegen das Volk richten ließ, der ist es, der den Massenmord auf dem Gewissen hat und sich nur freuen kann, daß das Jenseits mit dem lieben Gott, auf das man uns vertröstet, nur Lug und Trug und nicht wirklich vorhanden ist, sonst müßte er, um seine gerechte Strafe zu empfangen, seine Ewigkeit in der Hölle unter Heulen und Zähneklappern, statt wie jetzt unter den Klängen einer auserlesenen Militärmusik, zubringen.“

Sehen wir aber selbst von den einzelnen Aeußerungen, die im Gedränge sich Luft machten, ab, und betrachten die Dekorationen, so wird es uns auf den ersten Blick klar, wie das Volk von Altona gesinnt ist. Nur vom Nobisthor längs der Königsstraße bis zum Bahnhof, und von der Mühlenstraße längs der Pamaille waren die Häuser zum Theil (meistens aber öffentliche Gebäude) mit Flaggen geschmückt und illuminirt. In der ganzen übrigen Stadt aber war, mit Ausnahme einzelner Häuser, deren Einwohner vielleicht ein persönliches Interesse daran haben, nicht als Reichsfeinde ins Register eingetragen zu werden, finstere Nacht. Mit einem Wort, der ganze Aufwand, der gemacht worden ist, ist künstlich arrangirt, das Volk von Altona hat nichts damit zu schaffen, es war nur neugierig, um zu sehen, wie weit man die Götzenanbeterei treibt, die Reichstagswahl wird dies bestätigen.

Es ist genügend Aussicht vorhanden, daß die Stadt Altona diesmal eine ausreichende Anzahl Stimmen mehr liefern wird, so daß, wenn das Landgebiet schlechter wählt, dadurch der Schaden ersetzt wird.

Soll ich nun noch von der Ausweisung von hier berichten? Unsern Engel kennt Ihr ja. (Schluß folgt.)

— **Aus Westdeutschland,** 1. September. Zur Parteilage. (Schluß.) Die große Mehrzahl des Mittelstandes befindet sich lediglich in Folge der verringerten Kaufkraft der Arbeiter im Fallitzustande, und tausendfach hörte man in diesen Volkskreisen den Ausspruch: „Jetzt sehen wir es ein, daß die Sozialdemokraten in jeder Beziehung Recht gehabt haben.“

Auch in politischer Beziehung ist die Situation in Deutschland eine unübertrefflich günstige. Um im nächsten Reichstage für seine famose Wirthschafts-Politik eine fügsame Majorität zu gewinnen, ist der „große Staatsmann“ gezwungen, den Ultrareaktionären, den orthodoxen Muckern und Jesuiten Konzessionen über Konzessionen zu machen, und schon längst hat er seine „Kutrasserstiefeln“ nach Kanossa vorausgeschickt. Während in den fast ausschließlich katholischen Ländern Frankreich, Belgien, Spanien und Italien mit dem schwarzen Gesindel tabula rasa gemacht wird, bereitet Bismarck den menschenfreundlichen Henkersprößlingen der Inquisition und der „Kultur“ der Scheiterhaufen im protestantischen Deutschland ein trautes Heim.

Um die Lächerlichkeit der prahlerischen Phrase „nach Kanossa gehen wir nicht“, abzuschwächen, mußte der neue Bischof von Trier, der Jesuitenpater Korum, nach Varzin kommen. Wie mögen die beiden edlen Brüder sich gegenseitig begrinst haben, als sie in Varzin das Bündniß zwischen Säbel und Kutte schlossen. In kindischer Freude über die gegen den „großen Kanzler“ errungenen Erfolge erhebt bereits der „streitbare“ Kaplan und Jesuitenknecht Majunke (richtig: Mai-Unke!) in allen katholischen Blättern das unbedachte Triumphgeschrei: „Eher wird es nun einmal nicht besser werden, als bis wir wiederbekommen ein Regiment von — Junkern und Pfaffen! — —“

Die so offenherzig ausgesprochene Absicht dieser bankerotten Firma, die Errungenschaften der großen französischen Revolution wieder zu vernichten und das Rad der Weltgeschichte mindestens bis in das vorige Jahrhundert zurückzuschrauben, hat selbst viele „gläubige“ Katholiken stutzig gemacht, und das von Majunke angekündigte „Regiment der Junker und Pfaffen“ wird in kurzer Frist auch bei den Katholiken Deutschlands das in den vorwiegend katholischen Ländern längst zur Geltung gelangte Sprichwort zur Wahrheit machen: „Je näher Rom, desto schlechter der Glaube!“

Unter den verbündeten „Junkern und Pfaffen“ und der „liberalen“ Bourgeoisie ist der Kampf um das Privilegium der Volksknechtung bereits heftig entbrannt und bei der bevorstehenden Reichstagswahl wird dieser Kampf an manchen Orten voraussichtlich mit Messer und Revolver ausgefochten werden. Die antisemitischen Judenkrawalle sind nur die Vorscharmützel der „Wahlschlacht“. — „Mein Liebchen was willst Du noch mehr?“ —

Zu allem diesem herrlichen Wirrwar kommt noch die tausendfache Unzufriedenheit, ja Erbitterung, der in Preußen „verstaatlichten“ Eisenbahn-Subaltern- und Unterbeamten, deren früheres Einkommen, trotz der mehrfachen „loyalen“ Versicherungen des Ministers Maybach im preußischen Landtage arg beschnitten worden ist, in einzelnen Fällen mit kolossaler Unverschämtheit.

Und die Zustände im „herrlichen Kriegsheer“? — Nun, auch diese lassen nichts zu wünschen übrig. Schreibt doch selbst der Breslauer Professor Brentano in seiner allfälligen Kritik der reichskanzlerischen Arbeitersängerei:

„Und die daraus hervorgehende Erbitterung der sich bekämpfenden Klassen, welche die alte Gesellschaft zerriß und ihrer Gesittung den Untergang brachte, wird auch bei uns zu den gleichen Zuständen führen. Dabei ist das Heer gegenwärtig nicht mehr eine Heerde gemischter Fremdlinge, wie im alten Venedig. Unsere Armee geht aus der Mitte der Klassen, die sich alsdann bekämpfen, hervor und kehrt in dieselben zurück. Sie wird die Interessen und Leidenschaften der sich alsdann Bekämpfenden theilen. Damit scheint es unmöglich, mittelst der Armee auf die Dauer das Gleichgewicht zwischen den Klassen aufrecht zu erhalten. Auch sie wird denselben sich bekämpfenden Gegensätzen verfallen. Statt den sozialdemokratischen Zielen entgegenzutreten, ebnet die neugeplante Organisation der Wirthschaft somit der Erreichung derselben den Weg.“

Dieser Professor hat den Nagel auf den Kopf getroffen, nur scheint er nicht zu wissen, daß es gerade die Sozialdemokratie gewesen ist und es noch ist, welche die übrigen Gesellschaftsklassen zwingt, „der Sozialdemokratie den Weg zu ebnen“. —

Der beste „Pfadfinder“, Chaussee-Aufseher und Agitator der Sozialdemokratie ist gegenwärtig unzweifelhaft unser „genialer“ Freund Bismarck. Er und seine Helfershelfer haben es meisterhaft verstanden, im „heiligen deutschen Reiche Bismarckscher Nation“ eine solche Menge Zündstoff anzuhäufen, daß der „durchlauchtigste Vater“ sogar genöthigt war, einen seiner hoffnungsvollen Söhne mit dem unverantwortlichen Amte zu betrauen, ihm als Reichshundejunge den „Reichshund Tiras“ an der Leine nachzuführen, um dessen durchlauchtigsten Prinzipal in Gemeinschaft mit einer zahlreichen Polizeibande vor „Attentätern“ zu schützen. — Daß bei diesem ehrenvollen „Reichsdienste“ der neugebackene „Graf“ Wilhelm alle Ursache hat, sich über die Unannehmlichkeiten der Hundesperre zu beklagen, ist selbstverständlich.

Wenn es noch eines Beweises von dem Vorhandensein massenhaften Zündstoffes bedürfte, dann würde er durch die Thatsache erbracht sein, daß der deutsche und der russische Kaiser, die „Beherrscher“ der mächtigsten Reiche der Welt, durch die „Indiskretion“ der „Danziger Zeitung“, oder vielmehr durch ihre Angst vor ihren eigenen „Unterthanen“ gezwungen sind, ihre beabsichtigte Zusammenkunft auf offener See stattfinden zu lassen oder aus Furcht vor „nihilistischen Torpedos“ sogar ganz aufzugeben.

Bei dieser Sachlage würde es eine unverantwortliche Thorheit sein, wenn die Sozialdemokratie selbst in die Entwicklung der in allen Richtungen unaufhaltsam fortschreitenden Auflösung der modernen Gesellschaft störend eingreifen wollte, was durch einzelne Putsche, zu denen man uns geradezu provoziren will, jedenfalls geschehen würde.

Also ruhiges Blut und nur noch zwei bis drei Jahre Geduld, dann bricht mit Naturnothwendigkeit die Katastrophe unfehlbar herein.

Vor Allem muß die Auswanderung der Ausgewiesenen unterbleiben, dann werden auch die massenhaften Ausweisungen von selbst ein Ende nehmen, durch welche man eben die „gefährlichsten Elemente“ loszuwerden hofft. Die Ausgewiesenen müssen „im Lande bleiben — und nähren sich — röthlich.“ — Dies ist ganz gut möglich, wenn die „sozialistische Vagabundage“ organisirt wird. Ueberall, wo sich ein Ausgewiesener durch seine „Ausweisungs-Ordre“ legitimirt, muß er mit offenen Armen und Herzen empfangen und ihm, falls keine Arbeit für ihn vorhanden ist, Wohnung und Beköstigung („Wandertisch“) gewährt werden, auch Reisegeld bis zum nächsten Orte, in welchem Sozialdemokraten hausen, sodaß sich ein anderer Ausgewiesener „zur Ablösung“ meldet.

Eine solche gesicherte Naturalverpflegung unserer „Märtyrer“ ist leichter zu ertragen und in jeder Beziehung zweckmäßiger, als jede andere Unterstützung. Sollte die Polizei uns ab und zu einen ihrer „Galgenvögel“ als „Ausgewiesenen“ zusenden, nun — diese Sorte Menschen erkennt man bald an ihrer Galgenphysiognomie, und dann wird sicher dafür gesorgt werden, daß es der Polizei bedenklich wird, ihre faulen Eier in ein sozialistisches Nest zu legen.

Inzwischen entschädigt uns das interessante Schauspiel des stetig fortschreitenden Zusammenbruchs der „alten Welt“ reichlich für alles Ungemach.

Mit Beharrlichkeit und Umsicht weiter vorwärts! Unser baldiger Sieg kann dann nicht zweifelhaft sein.

— **Hannover,** im September. (Verspätet.) In einer früheren Nummer des „Sozialdemokrat“ wurde von hier berichtet, daß unser Genosse Sturm (der zu 3 Monaten wegen Widersetzlichkeit gegen einen im Dienste befindlichen Beamten, begangen in der bekannten Stöckerschen Versammlung „verurtheilt“ worden war,) Berufung gegen dieses Urtheil eingelegt habe. Heute kann ich nun berichten, daß Genosse Sturm am 4. v. M. kostenlos freigesprochen wurde, da den Aussagen der Belastungszeugen absolut keine Beweiskraft beigelegt werden konnte. Unsere Hochlöbliche hat sich bei dieser Gelegenheit schwer blamirt, ein „Schuldiger“ war da, sie hat aber — leider! — den Unrechten erwischt.

Am 7. August hatten wir eine sehr traurige Arbeit zu verrichten: die Frau eines unserer braunen Genossen wurde zu Grabe getragen. Wohl an 700 Personen folgten dem Sarge. Fast alle Männer trugen rothe Blumen im Knopfloche, die Frauen und Jungfrauen Kränze mit rothen Schleifen. Am Grabe sangen 2 Gesangvereine passende Lieder und ein Parteigenosse sprach einige Trostesworte.

Die Polizei hat sich passiv verhalten, das Gescheidteste, was sie nach unserer Ansicht thun konnte. Allein bald zeigte sich, wie sehr wir die Hochweise verkannt, — 2 Tage darauf ging's schon los. Vorladungen über Vorladungen erfolgten. Die Polizei will mit Gewalt wissen, wer der Redner war, woher die rothen Blumen seien u. s. w. Man will nämlich jetzt eine Anklage gegen den Redner und verschiedene Genossen wegen Theilnahme an einer geplanten Demonstration erheben. Wird nicht viel helfen.

Ferner ist zu berichten, daß vor nicht langer Zeit hier ein Berliner Ausgewiesener Namens Davers verhaftet wurde. Grund: wahrscheinliche Verbreitung sozialrevolutionärer Flugblätter.

Daß „Se. Majestät“ der Kaiser von Deutschland hier war, ist ja allbekannt, weniger bekannt dürfte sein, daß man die Arbeiter förmlich zwang, an dem unvermeidlichen Fackelzuge theilzunehmen. Dabei sind ihnen, wie ich gehört habe, die Fackeln noch abgezogen worden.

Von der Korruption der oberen Zehntausende haben wir hier auch recht nette Beispiele aufzuweisen. Es ist noch nicht lange her, daß die Gebr. Eichwede (ein großes Bankgeschäft) unter Mitnahme verschiedener Tausende das Weite suchten, jetzt ist ihnen der Senator Rümpler, Kommerzienrath und Direktor der Zeitungsaktiengesellschaft Hannover, Eigenthümerin des „Hannöverischen Kourier“, unter Mitnahme von 110,000 Mark aus den Lebensregistern (für Armen- und Wohlthätigkeitszwecke) gefolgt. Ferner ist dieser Tage ein hoher Beamter einer Lindener Fabrik verschwunden, und so geht's lustig weiter.

Die Hauptsache für uns Arbeiter muß die sein, daß wir einig und fest zusammenstehen, die Blößen, welche sich diese Herren geben, gehörig ausnutzen und immer weiter agitiren, damit wir am Tage der Wahl mit Stolz sagen können: Wir sind noch alle auf dem Posten!

Mit Gruß! x.

— **Zug.** Situationsbericht. Eine Mitgliedschaft der sozialistischen Partei gibt es hier nicht, eine solche existirt hier nicht mehr, wohl aber ein deutscher Arbeiterverein, der bunt in verschiedenen Schattirungen gruppirt ist.

In demselben befindet sich in politischer Richtung eine Gruppe von Leuten, die sich der Londoner Richtung angeschlossen haben, etwa 10 bis 15 Mann. Eine Agitation, in dem Sinn wie solche vor dem Ausnahmegesetz in Deutschland betrieben wurde, findet jedoch nicht statt, überhaupt auch in keinem andern Sinn, denn der Verein schloß sich zu Neujahr besagter Richtung an und hält den Beschluß aufrecht, weil er nun einmal diese für die alleinseligmachende hält, eine Thätigkeit „gibt's nicht“. Das ist sozialrevolutionär.

Dann folgt eine Gruppe, die den Gesangverein bildet, in welcher auch ein halbes Dutzend Sozialrevolutionäre ihre Stimme erschallen lassen, im Ganzen aber höchst harmlose Lieder singen, wenn ich nicht geradezu bigott sagen will; ich speziell als Sozialdemokrat könnte mich nicht dazu verstehen, Lieder mitzulernen, wie sie jeder katholische Gesellenverein ableiert. Nun, jedes Thierchen hat sein Plätzchen. Kuriose Sozialrevolutionäre das.

Nun die Uebrigen. Es sind größtentheils Arbeiter, die hier Unterhaltung und Geselligkeit suchen, was auch ganz am Platze ist. Schade nur, daß die sogenannte Bibliothek sich in einem Zustande befindet, der wirklich traurig genannt werden muß. Von sozialdemokratischen Schriften wenig, der Verein ist ja „sozialrevolutionär“.

So viel über das Lokale.

Die allgemeine Lage eines Arbeiters ist hier in der freien Schweiz um kein Haar besser als in Deutschland, die besitzende Klasse hat das Ruder in Händen und regiert damit das Schiffchen gerade so und mitunter noch lustiger als die Staatslenker dies in Deutschland thun. Das Einzige, was ich rühme, ist: daß man hier wenigstens noch einigermaßen ohne Maulkorb gehen kann, und die Fußangeln, die in Deutschland bei jedem Tritt im Wege liegen, fehlen.

Die Führer der Volkspartei in Deutschland, die ihr demokratisches Programm verwirklichen wollen und dabei so eifrig auf das Mitthun der Arbeiter spekuliren, können sich hier praktisch überzeugen, wie gut der Arbeiter in einem demokratisch organisirten Staat lebt, und was ihm die politische Freiheit ohne die ökonomische Befreiung nützt. Er kann sich seiner Lebtag abrackern, und wenn er alt geworden, ist er überflüssig. Mag er sich dann damit trösten, daß er wenigstens in einem demokratischen Staat gedarbt hat. Oder aber: möge er sich bei Lebzeiten für die Arbeitersache auch mitrackern, so hat er wenigstens ein Bewußtsein bei seinem Tode: Er hat seinen Kindern ein Bäumchen mitpflanzen helfen, das diesen Früchte verspricht.

Mit sozialdemokratischem Gruß und Handschlag!

G. Schön.

## Briefkasten

der Redaktion: H. in —h.: Es ist zwar sehr trostreich, zu wissen, daß unsere Genossen anständiger sind als die Fortschrittler und Antisemiten, aber manchmal wär's uns schon lieber, unsere Freunde wären etwas weniger „anständig“. Nichts für ungut. — Hr. in L.: Die Aehnlichkeit zwischen R. und G. ist unverkennbar. Beide abgewiesene Stellensucher, beide große Bibelkenner. Nachdem man aber den Ersteren in so infamer Weise gegen uns ausgenutzt, halten wir es nicht für angezeigt, uns, ohne durch den politischen Kampf dazu veranlaßt zu sein, aufs Neue gegen seine Zugehörigkeit zu verwahren. Lassen wir die Todten ruhen.

der Expedition: Dr. E. Nath.-Gz. Balt.: Sdg. folgte ab Nr. 39 direkt. Fr. —,60 Portozuschlag pr. 4. Qu. haben v. G. H. G. erbeten. — A. S. Ostdn.: Fr. —,70 f. Photgr. erh. Sdg. abgg. — F. Bfl. v. d. Soz. Chur: Fr. 5,— d. Wfds dkd. zugew. — Michel Stieber: Für 38 bereits im Gang gewesen und zurückgezogen. Fortan senden 50. :: Serlow: Mk. 10,— (Gold) nach Borschr. verwendet. Bfl. am 24/9. mehr. — Rast: Mk. 80,— à Cto. erh. 10 mehr seit 37 abgeg. — Von einigen Soz. in St. Imer: Fr. 4,— d. Ufds. dankend zugew. — Ungenannt: Fr. 2,— pr. Ag.- u. Ufd. dkd. verw. Den „S.“ haben Sie bei der Volksbuchhdlg. Hottingen bestellt, wohin Ihre Beschwerde von uns abgegeben ist, also auch da zu reklamiren, wenn fernere Störung vorläme. — Schnitrung: Nachricht v. 22/9. hier. Weiteres erwartend! — H. Z. H.: Bf. v. 24/9. erh. — Adr. vorgem. Weiteres erwartet. Benützte Adr. genügt für solche Zwecke. — Columbus: Photogr. mit 38 abgeg. Die „Rothen“ mit 40. — †††himmel — — —: Mk. 17,30 pr. Abrchg. gutgebr. Mit Fl.-Wstpt hat's den Teufel. 200 Expresse abgg. Ldb. u. Wm. folgen. — Sommerschwalbe i. Gbg.: Nachr. v. 21/9. hier und beachtet. Pr. 2. u. 3. Qu. v. R. Richts erh. Wann und an wen soll gesandt sein!? — Lausitzer Rothhaut: Mk. 112,80 à Cto. 2. Qu. v. 21/9. am 26. beantw. — J. W. Gzr.: 5. fl. 1,70 Ab. 4. Qu. erh. — A. Bk. Par.: Fr. 4,— Ab. 4. Qu. ꝛc. erh. Fdsquittg. später. Nachtrag wird benützt. — J. H. Liestal: Fr. 4,— durch Bbhdlg. erh. Fdsqu. später. — Wthur: Fr. 16,— erh. u. nach Borschr. verwendet. — C. R. C.: Mk. 2,80 Ab. 4. Qu. erh. Ersatzhdr. i. Gebrauch. — K. T. Paris: P. K. u. unser Bf. kreuzten. Beständ. Dienstag fort. — Besteller in R.: Mk. 3,— Ab. 4. Qu. erh. Neue Ordnung bewirkt. — —b: Nachr. v. Hermine am 27 noch nicht erh. Senden 10 St. an bekannte Adr. u. verrechnen Mk. 6,40. — F. Jonsch. R.-H.: Bestellg. v. 10/9. am 27. abgef. 10 Mehrbestllg. pr. 4. Qu. vorgemerkt. — C. M. B.: Schstbstllg. abgg. Alles beacht. — O. H. Rdn.: Mk. 5,— für Ab. 4. Qu. ꝛc. verwendet. — F. S. Kst.: 5. fl. 3,70 für Ab. 4. Qu. auf alten Rest abgeschrieben. — H. P. Lgg.: Mk. 9,— Ab. 2., 3. u. 4. Qu. erh. Adr. folgt. — G. S. Lbch.: Mk. 3,— Ab. 4. Qu. erh. — Ph. Hdch. Fetgn.: Fr. 4,— Ab. 4. Qu. Ufds. u. Wfds. dkd. erh. Der Kampf wird heiß, bringt er wenig oder viel, wir kämpfen, das ist die Hauptsache. — K. B. Wien: Der Polizeispion Zinner war allerdings auch einmal „wahrheitsliebender Gewährsmann“ des „Bum-Bum“. — A. G. R.: Mk. 4,70 Ab. 4. Qu. u. Schst. erh. Bf. a. d. R. abgg. worden. Weiteres demnächst. —


In unserem Verlage ist soeben erschienen und durch uns, sowie durch die Expedition des „Sozialdemokrat“ zu beziehen:

**Karl Fourier.**

**Ein Vielverkannter.**

Versuch einer Darlegung seines sozietären Ideenganges im Lichte des modernen Sozialismus.

Von

**Herman Greulich.**

(Separatabdruck aus dem „Jahrbuch für Sozialwissenschaft“.)

72 Seiten 8°.

Mit dem Bildnisse Fourier's und einer Skizze seines Phalanstère-Gebäudes.

Preis: 50 Cts. = 40 Pfg.

**Volksbuchhandlung**

Hottingen-Zürich



Schweiz. Vereinsbuchdruckerei Hottingen-Zürich.